

Memo:

- Wörter in den [] sind zusätzliche Wörter von mir
- Wörter in den () sind die originalen japanischen Wörter
- Grundsätzlich ist die Idee, so wenig japanische Begriffe im Dokument zu haben, damit man es einfacher verstehen. Da aber manche Begriffe, wie *buraku* oder *dōwa* wichtig sind, bleiben diese nicht übersetzt
- Da insbesondere Namen von mir selbst übersetzt sind, mit anderen Worten, es keine offiziellen Übersetzungen sind, kann es sein, dass manche ein wenig komisch klingen
- Wenn du Fehler oder Probleme findest, lass es mich wissen!

Übersetzt von @Buraku-Stories, mit der Hilfe von DeepL Translate

Der Bericht des Beratungsausschusses für *Dōwa*- Maßnahmen

Premierminister

Sato Eisaku

Präsident des Beratungsausschusses für *Dōwa*-Maßnahmen

Kimura Chūjirō

Am 7. Dezember 1961 haben wir uns auf der 194. Tagung zwischen dem Premierminister und dem Beratungsausschuss für *Dōwa*-Maßnahmen über die „grundlegenden Maßnahme zur Lösung der sozialen und wirtschaftlichen Probleme in den *dōwa*-Gebieten“ beraten und die Ergebnisse jener Diskussionen liegen in der Anlage vor.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	3
Teil 1 Anerkennung des <i>dōwa</i> -Problems.....	4
Die Realität des <i>dōwa</i> -Problems.....	4
Eine Übersicht des <i>dōwa</i> -Problems.....	8
(1) Sachliche Untersuchungen und das <i>dōwa</i> -Problem.....	8
(2) Die allgemeine Situation gemäß den grundlegenden Untersuchungen.....	11
(3) Die allgemeine Situation der Gebiete gemäß den detaillierten Untersuchungen.....	15
Teil 2 Verlauf der <i>dōwa</i> -Maßnahmen.....	23
1 <i>Buraku</i> -Verbesserung (<i>kaizen</i>) und <i>dōwa</i> -Maßnahmen.....	23
2 Die Befreiungsbewegung (<i>kaihō</i>) und Versöhnungsmaßnahmen (<i>yūwa</i>).....	27
3 Gegenwärtige <i>dōwa</i> -Maßnahmen und Evaluation.....	32
Teil 3 Konkrete Vorschläge zu <i>dōwa</i> -Maßnahmen.....	37
Maßnahmen für die Verbesserung der Umgebung.....	38
(1) Grundlegender Plan.....	38
(2) Konkrete Maßnahmen.....	40
2 Maßnahmen für die soziale Wohlfahrt.....	42
(1) Grundlegender Plan.....	42
(2) Konkrete Maßnahmen.....	43
3 Maßnahmen für Industrie und Berufe.....	45
(1) Grundlegender Plan.....	45
(2) Konkrete Maßnahmen.....	46
4 Maßnahmen für Bildungsprobleme.....	50
(1) Grundlegender Plan.....	50
(2) Konkrete Maßnahmen.....	53
5 Maßnahmen für Menschenrechtsproblemen.....	56
(1) Grundlegender Plan.....	56
(2) Konkrete Maßnahmen.....	58
Schlussfolgerung: Kurs der <i>dōwa</i> -Administration.....	59

Vorwort

Am 7. Dezember 1961, zog der Premierminister den Beratungsausschuss für die „grundlegenden Maßnahmen zur Lösung der sozialen und wirtschaftlichen Probleme der *dōwa*-Gebiete“ zu Rat. Selbstverständlich ist das *dōwa*-Problem ein Problem, das die Freiheit und Gleichberechtigung der Menschen betreffen, welche universelle Prinzipien der Menschheit sind und zu den grundlegenden Menschenrechten gehören, die von der japanischen Verfassung garantiert sind. Deswegen hat der Beratungsausschuss sich bemüht Maßnahmen, die auf dem Verständnis beruhen, dass es absolut inakzeptabel ist, das Problem ungelöst stehen zu lassen und dass eine dringende Lösung in der Verantwortung des Staates liegt, sowie zeitgleich ein nationales Problem ist. Währenddessen verlängerte der Beratungsausschuss zweimal seine Amtszeit und führte Untersuchungen über die tatsächliche Situation im ganzen Land und in bestimmten Gebieten durch, um die gegenwärtige Lage in den *dōwa*-Gebieten festzustellen. Die Resultate dieser Untersuchungen sind, wie der beigefügte Bericht zeigt, äußerst besorgniserregend und der Beratungsausschuss bestätigte erneut die Wichtigkeit einer unverzüglichen Verbesserung der wirtschaftlichen Lage und Lebensbedingungen der Bewohner sowie die Garantie, dass sie als gleichberechtigte Bürger Japans leben können.

Die Beratungen waren daher sehr umsichtig und umfassten 42 allgemeine Sitzungen, 121 Unterausschusssitzungen und 21 Unterausschüssen.

Zum jetzigen Zeitpunkt ist es jedoch schwierig, zu allen Maßnahmen konkret zu berichten. Da die Lösung des Problems jedoch dringend ist und wir es uns nicht leisten können, noch mehr Zeit zu verlieren, haben wir beschlossen, die Befragung mit den folgenden Schlussfolgerungen zu beantworten.

Just hat die Regierung eine grundlegende Maßnahme für die soziale Entwicklung verabschiedet, und wir stehen vor großen sozioökonomischen Veränderungen, die mit einem raschen Wirtschaftswachstum einhergehen. Gleichzeitig wird der Geist des menschlichen Respekts betont und es werden neue Maßnahmen in Politik und Verwaltung gefördert. Dies ist sicherlich die ideale Gelegenheit, um das *dōwa*-Problem zu lösen.

Wir hoffen und erwarten, dass die Regierung den Sinn dieses Berichts respektiert, wirksame und angemessene Maßnahmen umsetzt und alles Mögliche ergreift, um das Problem drastisch zu lösen, das schändliche soziale Übel auszumerzen und die lange Geschichte der Diskriminierung zu beenden, die niemals hätte existieren dürfen.

Teil 1 Anerkennung des *dōwa*-Problems

Die Realität des *dōwa*-Problems

Das so genannte *dōwa*-Problem ist ein ernsthaftes und kritisches soziales Problem, bei dem einige Gruppen japanischer Bürger wegen Diskriminierung, basierend auf die aus der geschichtlichen Entwicklung der japanischen Gesellschaft entstandenen Status-Hierarchiestruktur, in einem niedrigeren wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Status zugeordnet wurden und selbst in der gegenwärtigen Gesellschaft werden ihre grundlegenden Menschenrechte immer noch schwerwiegend verletzt, insbesondere sind ihre Bürgerrechte und Freiheiten, die allen Menschen als Grundsatz der modernen Gesellschaft garantiert sind, nicht gewährleistet.

Dies ist dadurch gekennzeichnet, dass eine große Zahl von Bürgern aufgrund der Diskriminierung als soziale Realität in bestimmten Bereichen gemeinschaftliche Gebiete bilden. In letzter Zeit haben immer mehr Menschen diese Gebiete verlassen, um in „normalen“ Vierteln zu leben, aber auch diese Personen sind sowohl hinter den Kulissen als auch in der Gemeinschaft einer Statusdiskriminierung ausgesetzt, weil sie aus den traditionellen Gebieten stammen. In der Vergangenheit wurden die Bewohner dieser Gebiete mit abwertenden Begriffen wie „spezielle *buraku*“ (*tokushu buraku*), „rückständige *buraku*“ (*kōshin buraku*) oder „arme *buraku*“ (*saimin buraku*) bezeichnet und waren einer klaren Diskriminierung ausgesetzt.

Es gibt verschiedene Theorien über den Ursprung und die Geschichte dieser „nicht-befreiten-*buraku*“ (*mikaihō buraku*) oder „*dōwa*-bezogenen Gebiete“ (*dōwa kankei chiku*) (im Folgenden einfach „*dōwa*-Gebiete“), darunter Theorien von rassistischen, religiösen, beruflichen und politischen Ursprüngen. Es ist jedoch nicht die Aufgabe dieses Beratungsausschusses, die Entstehung der *dōwa*-Gebiete wissenschaftlich zu untersuchen. Um jedoch Vorurteile in der Öffentlichkeit abzubauen, muss klargestellt werden, dass es sich bei den Bewohnern der *dōwa*-Gebiete weder um eine andere Rasse noch um eine andere ethnische Gruppe handelt, sondern ohne Zweifel um Japaner und japanische Staatsangehörige.

Mit anderen Worten, das *dōwa*-Problem betrifft eine Minderheitengruppe innerhalb der japanischen Bevölkerung und japanische Bürger, die einer Statusdiskriminierung ausgesetzt sind. *Dōwa*-Gebiete sind Bereiche, die im späten Mittelalter oder in der frühen Neuzeit durch die Ansiedlung und das Leben in einem bestimmten Gebiet unter den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen der Feudalgesellschaft entstanden sind.

Im Rahmen des Statussystems der Feudalgesellschaft wurden die Bewohner der *dōwa*-Gebiete als unterste Klasse definiert und in allen Aspekten des gesellschaftlichen Lebens, einschließlich Beruf, Wohnung, Heirat, sozialer Interaktionen und Kleidung, massiv diskriminiert, und ihre Persönlichkeiten wurden als etwas anderes als Unmenschliches gemieden. Die Veränderungen im Zuge der Meiji-Restauration boten den Bewohnern der *dōwa*-Gebiete jedoch die Gelegenheit zu einem großen historischen Wandel. Mit anderen Worten: Die Bewohner des *dōwa*-Gebiete wurden durch das Edikt Nr. 61 des Großen Staatsrats (*daijōkan*), das am 28. August 1871 verkündet wurde, von der institutionalisierten Statusdiskriminierung befreit. In diesem Sinne kann man sagen, dass das *dōwa*-Problem historisch gesehen seit der Neuzeit nach der Meiji-Restauration auf dem Weg war, gelöst zu werden. Das Edikt des großen Staatsrats war jedoch nur ein formales Emanzipationsdekret. Es schaffte lediglich die abwertenden Begriffe ab und deklarierte, dass Status und Beruf wie die der [normalen] Bürgerlichen behandelt werden würden, aber es garantierte keine wesentliche Emanzipation im Hinblick auf die tatsächlichen sozialen Beziehungen. Mit anderen Worten, es wurde keine Politik umgesetzt, die die Bewohner der *dōwa*-Gebiete, die in die untersten Schichten der Statushierarchie der Feudalgesellschaft gedrängt wurden und unmenschlichen Rechten und extremer Armut ausgesetzt waren, praktisch von der Diskriminierung und Armut befreit hätten können. Daher blieb die Realität der Diskriminierung auch nach der Meiji-Restauration fast unverändert, und die Bewohner der *dōwa*-Gebiete lebten weiterhin verzweifelt unter denselben miserablen Bedingungen wie in der Feudalzeit.

Später, in der Taishō-Ära, als die Reisunruhen ausbrachen, nahmen viele Bewohner der *dōwa*-Gebiete in verschiedenen Regionen daran teil. Es folgte die unabhängige Befreiungsbewegung der Nationalen Levellers-Gesellschaft (National Levellers' Society, *Zenkoku Suiheisha*), die schließlich dazu führte, dass die Wichtigkeit des *dōwa*-Problems anerkannt wurde. Mit anderen Worten: Die Regierung begann, die Umgebung in den Gebieten unter der Bezeichnung „lokale Verbesserungsfonds“ (*chihō kaizen hi*) zu verbessern, die neu in den Staatshaushalt aufgenommen wurden. Diese einseitigen Verbesserungen konnten jedoch keine grundlegende Lösung für das *dōwa*-Problem herbeiführen, und die Bewohner der Gebiete wurden in einem Zustand der Armut und Diskriminierung gelassen.

Japans industrielle Wirtschaft weist ein strukturelles Merkmal auf, das als „duale Struktur“ (*nijū kōzō*) bekannt ist. Auf der einen Seite gibt es große moderne Unternehmen, die sich auf das Niveau der entwickelten Länder entwickelt haben, und auf der anderen Seite gibt es kleine und mittlere Unternehmen und Kleinbetriebe in der Landwirtschaft, die hinter den entwickelten Ländern zurückbleiben. Es gibt eine qualitative Bruchlinie zwischen diesen

beiden Bereichen, mit einer großen Kluft zwischen den großen Unternehmen an der Spitze und den Kleinunternehmen am unteren Ende.

Die industrielle Wirtschaft der *dōwa*-Gebiete bildet dabei das unterste Ende des Spektrums und stellt einen nicht modernen Sektor dar, der von der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes ausgeschlossen wurde.

Diese Merkmale der Wirtschaftsstruktur spiegeln sich unmittelbar in der Sozialstruktur wider. Mit anderen Worten: Unsere Gesellschaft hat einerseits den Charakter einer modernen Zivilgesellschaft, andererseits aber auch den einer vormodernen Kastengesellschaft. Die alten traditionellen Gemeinschaftsbeziehungen bestehen noch heute, und die Menschen sind als Individuen nicht völlig unabhängig, sondern durch Traditionen und Bräuche gebunden, die sie daran hindern, aus eigenem Willen zu handeln.

Darüber hinaus ist die feudal-hierarchische Ordnung des Status nach wie vor vorhanden, und Beziehungen der Statushierarchie und der Herrschaft und Unterordnung sind überall in der Gesellschaft zu beobachten, wie z. B. patriarchalische Familienbeziehungen, dörfliche Bräuche, bei denen die Herkunft und der Rang der Familie respektiert werden, und die Vereinigung von Eltern und Nachkommen in verschiedenen Gruppenclans.

Darüber hinaus haben sich im spirituellen und kulturellen Bereich ein altmodischer Aberglaube, irrationale Vorurteile und altmodische Einstellungen erhalten, die ein einzigartiges spirituelles Klima und einen ethnischen Charakter bilden.

Dieses soziale, wirtschaftliche und kulturelle System unseres Landes ist die historische und soziale Grundlage für das Fortbestehen des *dōwa*-Problems und bildet die Grundlage für die Diskriminierung der *buraku*.

Trotz der bemerkenswerten Veränderungen der sozialen Situation in Japan in der Nachkriegszeit und der Fortschritte, die nicht nur bei der Demokratisierung des politischen Systems, sondern auch bei der Modernisierung von Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur auf der Grundlage eines hohen Wirtschaftswachstums erzielt wurden, ist das *dōwa*-Problem daher ungelöst geblieben.

Einige Menschen glauben immer noch, dass das *dōwa*-Problem eins in der Vergangenheit ist und im heutigen demokratisierten und modernisierten Japan nicht mehr existiert.

Die Existenz dieses Problems beruht jedoch auf objektiven Fakten, die über die Subjektivität hinausgehen.

Wie alle sozialen Phänomene ist auch das *dōwa*-Problem nichts anderes als ein historisches Phänomen, das in bestimmten Phasen der historischen Entwicklung der menschlichen Gesellschaft auftaucht, wächst und wieder verschwindet.

Daher ist es nicht vernünftig anzunehmen, dass das *dōwa*-Problem niemals gelöst werden wird, egal welche Epoche kommt oder wie sich die Gesellschaft verändert. Ebenso wenig können wir der Behauptung zustimmen, dass das *dōwa*-Problem, wenn man es so belässt, wie es ist, im Zuge der gesellschaftlichen Entwicklung jederzeit gelöst werden kann, nach dem Motto „Wecke die schlafenden Kinder nicht auf“ (*neta ko o okosuna*).

Bei der *buraku*-Diskriminierung handelt es sich in der Tat um eine halbfeudale Statusdiskriminierung, die in unserer Gesellschaft latent oder manifest ist und sich in einer Vielzahl von Formen äußert. Sie kann in psychologische (*shinri teki sabetsu*) und reale Diskriminierung (*jittai teki sabetsu*) unterteilt werden.

Bei der psychologischen Diskriminierung handelt es sich um eine in den Vorstellungen und im Bewusstsein der Menschen verborgene Diskriminierung, die sich durch Sprache, Schrift und Handeln äußert. In Sprache und Schrift äußert sich die Diskriminierung zum Beispiel in Form von Verachtung, wenn über die niedrigen feudalen Klassen geschrieben wird, oder in Verhaltensweisen wie der Ablehnung einer Beziehung oder der Auflösung einer Verlobung aufgrund irrationaler Vorurteile oder Hassgefühle.

Unter realer Diskriminierung versteht man die Diskriminierung, die in den tatsächlichen Lebensbedingungen der Bewohner der *dōwa*-Gebiete verankert ist. Die Diskriminierung äußert sich zum Beispiel in den verschiedenen Phänomenen, die für die *dōwa*-Gebiete charakteristisch sind, wie z. B. dass die Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt und im Bildungswesen praktisch nicht gewährleistet ist, dass das Recht auf politische Teilhabe bei Wahlen und anderen Anlässen verweigert wird, dass allgemeine Verwaltungsmaßnahmen nicht auf sie angewandt werden, und sie äußert sich auch in den schlechten Lebensbedingungen, der besonderen und niedrigen Berufsstruktur, den hohen Sozialhilfequoten, die um ein Vielfaches über dem Durchschnitt liegen, dem außergewöhnlich niedrigen Bildungsstandard und dem bemerkenswert niedrigen Bildungs- und Kulturniveau.

Psychologische und reale Diskriminierung stehen in einer wechselseitigen Kausalbeziehung zueinander. Mit anderen Worten: Psychologische Diskriminierung verursacht reale Diskriminierung und umgekehrt. Diese Wechselbeziehung ist ein Teufelskreis, der die Diskriminierung reproduziert.

Mit anderen Worten: Die Diskriminierung der *buraku* in der modernen Gesellschaft ist, um es einfach auszudrücken, eine Verletzung der Bürgerrechte und -freiheiten. Zu den

bürgerlichen Rechten und Freiheiten gehören die freie Berufswahl, das Recht auf Chancengleichheit im Bildungswesen, die Freiheit des Wohnsitzes und des Umzugs, die Freiheit zu heiraten usw., und die Tatsache, dass diese Rechte und Freiheiten den Bewohnern der *dōwa*-Gebiete nicht in vollem Umfang garantiert werden, stellt eine Diskriminierung dar. Unter diesen bürgerlichen Rechten und Freiheiten ist die Tatsache, dass die freie Berufswahl, d. h. die Chancengleichheit bei der Arbeit, nicht vollständig gewährleistet ist, besonders schwerwiegend. Ein Blick zurück in die Geschichte zeigt, dass die Bewohner der *dōwa*-Gebiete aus dem Produktionsprozess der großen Industrien ihrer Zeit ausgegrenzt wurden und verschiedenen niederen Tätigkeiten nachgingen, was ein Faktor war, der ihren sozialen Aufstieg und den Weg zur Emanzipation behinderte, und dies ist auch in der heutigen Gesellschaft noch der Fall. Daher besteht die zentrale Frage bei der Lösung des *dōwa*-Problems darin, den Bewohnern der *dōwa*-Gebiete gleiche Beschäftigungs- und Bildungschancen zu garantieren und die stagnierende Überbevölkerung in den *dōwa*-Gebieten in den Produktionsprozess moderner Großindustrien einzubinden, um so ihr Leben zu stabilisieren und ihren Status zu verbessern.

Die obige Erläuterung wird uns helfen zu verstehen, dass die *buraku*-Diskriminierung kein Gespenst eines bloßen Konzepts ist, sondern ein reales Phänomen in der realen Gesellschaft darstellt. Solange alle Maßnahmen zur Lösung des *dōwa*-Problems nicht auf dem oben genannten Verständnis beruhen, wird es schwierig sein, eine grundlegende Lösung zu erreichen, ganz zu schweigen von der vollen Teilwirkung einzelner Verwaltungsmaßnahmen

Eine Übersicht des *dōwa*-Problems

(1) Sachliche Untersuchungen und das *dōwa*-Problem

Der Beratungsausschuss richtete einen Unterausschuss für Untersuchungen ein und führte ab dem 1. Januar 1963 im Rahmen der Statistiken von 1962, Umfragen in den *dōwa*-Gebieten (nachfolgend als 'Gebiete' (*chiku*)) durch.

Bisher erstellte das Innenministerium im Jahr 1921 die Nationale *Buraku*-Statistik (*Zenkoku buraku tōkei hyo*), und zu Beginn der Shōwa-Ära wurden 1935 von der Zentralen Vereinigung für *Dōwa*-Projekte (*Chūō Yūwa Jigyō Kyōkai*) und 1958 vom Ministerium für Gesundheit und Wohlfahrt (Korrektur zu 1959) Statistiken durchgeführt. Im Jahr 1959 hat das Bildungsministerium Umfragen zu der Anzahl der Schulkinder und Schulen geleitet. Diese waren jedoch für einen bestimmten Zweck ausgerichtet und zeigten nicht unbedingt umfassende Ergebnisse in Bezug auf die Lage der Gebiete, die Zahl der Haushalte oder

Bevölkerung, Berufe, usw. Trotzdem kann man aus den Ergebnissen der Umfragen folgendes erkennen:

- (a) In und außerhalb der Gebiete leben viele der Einwohner gemischt mit der allgemeinen Bevölkerung;
- (b) Im Falle der städtischen *dōwa*-Gebiete ist es schwierig geworden, diese gezielt zu identifizieren, da sie sich mehr und mehr als allgemeine Gebiete entwickelt haben. Aus diesem Grund konnten etliche Präfekturen dieses Mal nicht befragt werden. Man kann es nicht bestreiten, dass das auch auf die Differenzen der Auffassungsweise zum *dōwa*-Problems seitens der lokalen Verwaltungen zurückzuführen ist.

Die Gründe für die Schwierigkeiten zum quantitativen Verständnis der Situation im Vergleich zu vorherigen Statistiken sind:

- (a) die Zerstreung der Gebietsbevölkerung aufgrund von Evakuationen nach dem Krieg, usw.;
- (b) die Umverteilung der Gebietsbevölkerung wegen Raum- und Stadtplanung;
- (c) die regionale Durchmischung mit einkommensschwachen Vierteln (Slums) im Allgemeinen.

In den nicht-städtischen Gebieten,

- (a) kann man eine tendenzielle Bevölkerungsübersiedlung, also der Umzug der Bewohner beobachten, dass die sozialen und wirtschaftlichen Veränderungen mit sich brachten. Insbesondere die zunehmende Tendenz ländliche Gebiete zu verlassen wurde festgestellt.
- (b) gibt es eine steigende Anzahl von gemischten Wohnungen mit der allgemeinen Bevölkerung der Viertel, aufgrund der Verbreitung von demokratischen Gedanken nach dem Krieg. Deshalb ist es äußerst schwierig die Standorte der *dōwa*-Gebiete im

ganzen Land genau zu bestimmen und es muss vollends anerkannt werden, dass es eine bedeutende Anzahl von in Beziehung stehende Einwohner außerhalb der Kollektivgebieten existiert. Die Bedeutung des *dōwa*-Problems in jetziger Zeit ist nicht nur ein Phänomen, dass man nicht quantitativ oder anhand der Gebiete betrachten kann. Die Problematik ist die diskriminierende Realität selbst, die tief verwurzelt und verborgen in allen Aspekten des japanischen Sozialsystems existiert.

Die wesentliche Frage in Bezug auf das *dōwa*-Problem ist, kurzgefasst, die „*buraku*-Diskriminierung“ selbst. Tatsache ist, dass die Wahrnehmung zur Diskriminierung von Status inmitten schlechter Lebensbedingungen streng und beharrlich bewahrt wurde. Obwohl die neue Verfassung den fundamentalen Menschenrechten der Bürger eine neue Bedeutung gab und die Demokratisierung des Sozialsystems den Eindruck gibt, einige Fortschritte zu machen, Menschen die mit den *dōwa*-Gebieten in Verbindung stehen müssen unter der *Buraku*-Diskriminierung leben. Das kann von den Ergebnissen der detaillierten Untersuchungen und den Grunderhebungen, die vom Beratungsausschuss geleitet wurden, erkennen. Zeitgleich muss man darauf hinweisen, dass selbst mit den anscheinend gleichberechtigten Sozialsystems für Arbeitsplätze, Schulbildung und Heirat, es noch undurchdringliche Mauern der Diskriminierung gibt und selbst in der allgemeinen Bevölkerung, Vorurteile gegen die Gebiete und deren Einwohner verbleiben, die sich auf Gefühle, Attitüde, Wahrnehmung und Ideologien basieren.

Deswegen konzentriert sich der Beratungsausschuss bei der objektive Betrachtung der Tatsachen der Diskriminierung der *Buraku* nicht auf die subjektiv diskriminierenden Worten und Taten, die oft als soziales Problem hervorgebracht werden, sondern auf die Umgebung selbst, die ungelöst und zurückgelassen wurde, weil es *dōwa*-Gebiete waren, im Vergleich zu den Lebensbedingungen und den allgemeinen sozialen und wirtschaftlichen Standards der allgemeinen Gebiete.

Die Zerstörung der physischen Umwelt einschließlich der Straßen, der Wasserversorgung und des Abwassersystems, die Überbevölkerung und überfüllte Wohnungen, sowie die Wohnungsstrukturen in den *dōwa*-Gebieten ist äußerst auffallend. Dies hängt nicht zuletzt damit zusammen, dass die beruflichen Möglichkeiten eingeschränkt sind und der Umkreis für die Eheschließung eingengt ist. Mit anderen Worten, die blockierende Charakteristik der Gebiete bedeutet, dass das Potential zur Verbesserung des Lebens verloren ist und sogar ein selbstschützendes Umfeld erschaffen wurde, in dem die Kollektivierung unvermeidlich dazu führt, solch einen Absturz zu verhindern. Dort lebt „Armut“ als Resultat

der "Diskriminierung" nebeneinander. *Dōwa*-Gebiete werden oft mit generellen einkommensschwachen Wohnvierteln gleichgesetzt, was jedoch nicht immer die korrekte Sichtweise ist. Sie unterscheiden sich jedoch von den allgemeinen einkommensschwachen Vierteln dadurch, dass die Menschen, aufgrund der *Buraku*-Diskriminierung dazu gezwungen sind, dort zu leben, ferner, dass ihr Leben dort Einschränkungen für ihre Lebensunterhaltaktivitäten mit sich bringt. Darüber hinaus ist es in der Realität so, dass einige Viertel auch von der Verwaltung (*gyōsei*) ausgeschlossen sind. Mit anderen Worten: Die Untersuchung kommt zu dem Schluss, dass die *Buraku*-Diskriminierung zu schlechten Lebensbedingungen und zur Verschlechterung der Umgebung führt. Die Beseitigung der *Buraku*-Diskriminierung kann nicht einfach durch eine ideologische Auseinandersetzung mit den Ursachen und Traditionen, die zu den Vorurteilen geführt haben, gelöst werden. Es muss anerkannt werden, dass die Ursachen dafür innerhalb des sozialen Systems liegen.

(2) Die allgemeine Situation gemäß den grundlegenden Untersuchungen

Das Parlament hat durch die Präfekturen und in Zusammenarbeit mit den betroffenen Gemeinden eine Basiserhebung durchgeführt, um den aktuellen Zustand der *dōwa*-Gebiete zu ermitteln. Anhand der Ergebnisse gibt es 4160 *dōwa*-Gebiete auf dem ganzen Land, 407.279 Haushälter, die Gesamtbevölkerung in den Gebieten liegt bei 1.869.748, von denen 1.113.043 Teil der *dōwa*-Bevölkerung ist. Somit ist der *dōwa*-Bevölkerungsanteil bei 60% und auf der Landesebene gibt auf 1000 Menschen 11.8 Personen, die Teil der *dōwa*-Bevölkerung sind.

Vergleicht man das mit den Ergebnissen der vorherigen Untersuchungen, so ist die Anzahl der Gebiete höher als von der 1958 Umfrage, aber niedriger als die der Statistiken von 1935 und 1921, während die *dōwa*-Bevölkerung im Gegenzug niedriger ist als in 1958 (Korrektur auf 1959) und größer ist als die von der 1935er Umfrage. Mit anderen Worten,

<1962 Statistik>

Anzahl der Gebiete: 4.160

Bevölkerungszahl: 1.113.043

<1958 Statistik>

Anzahl der Gebiete: 4.133

Bevölkerungszahl: 1.220.157

< 1935 Statistik>

Anzahl der Gebiete: 5.365

Bevölkerungszahl: 999.687

<1921 Statistik>

Anzahl der Gebiete: 4.853

Bevölkerungszahl: 829.773

Wie zuvor erwähnt ist es nicht angemessen durch Vergleichen die Anzahl der Gebiete oder Bevölkerung quantitativ festzulegen. Der Grund hierfür ist, dass die Definition eines *dōwa*-Gebietes als Einheit in dieser Untersuchung sich von den vorherigen unterscheidet. Mit anderen Worten, die Definition, die der Untersuchungsausschuss übernahm, ist „die Gebiete, die generell als *dōwa*-Gebiet in ihrer Lokalität gesehen werden“, während die Definition in der 1958 Statistik, „die Gebiete, die generell *dōwa*-Maßnahmen brauchen“ war.

Zweitens ist es möglich, da die Untersuchung von einer öffentlichen Einrichtung durchgeführt wurde, dass es Unterschiede in Bezug darauf gab, ob die Erhebung die von der Verwaltung gegebene *dōwa*-Maßnahmen wahrnahm oder nicht, und daher wurden Gebiete ausgeschlossen, die aufgrund der Verwaltungspolitik der [Idee des] „Wecke die schlafende Kinder nicht“ oder weil sie sich mit der allgemeinen Bevölkerung zu gemischten Wohngebieten entwickelt haben, nicht mehr eindeutig als solche erkennbar sind.

Angesichts all diesen Faktoren ist davon auszugehen, dass die Anzahl der *dōwa*-Gebiete und Bevölkerung, die in dieser Untersuchung ermittelt wurden, niedriger ist als die tatsächlichen Zahlen.

Fakt ist, dass die Präfekturen Iwate, Miyazaki, Tokyo, Kanagawa und Miyazaki wurden nicht angegeben. Jedoch bestätigen separate Informationen die Existenz von *dōwa*-Gebieten und dasselbe gilt für Osaka, wo 52 Gebiete, und in Fukushima, wo 2 Gebiete angegeben wurden.

(a) Situation nach Präfekturen

Hinsichtlich der Anzahl der *dōwa*-Gebiete nach Präfektur, so liegt Präfektur Hiroshima mit 414 vorne, gefolgt von Hyōgo, Okayama, Ehime und Fukuoka mit mehr als 300 Gebieten, während Gunma, Saitama und Nagano eine Anzahl zwischen 200 bis 300 haben und die, die weniger als 10 Gebiete haben, sind Toyama, Ishikawa, Fukui, Aichi, Saga und Nagasaki. Acht Präfekturen meldeten keine Zahl von *dōwa*-Gebieten: die Tohoku-Präfekturen (Hokkaido und Fukushima ausgeschlossen), Tokyo, Kanagawa und Miyazaki.

Osaka und die Präfektur Hyōgo haben die größte Anzahl von Haushältern in den *dōwa*-Gebieten mit jeweils 45.000 und die gesamte Bevölkerung in den Gebieten weist eine fast

parallele Verteilung zur Anzahl der Haushalte auf, aber Präfektur Hyōgo hat die größte Bevölkerung mit 163.546, Fukuoka hat 114.482, Okayama 58.635, Nara 56.130, Mie 48.238, Wakayama 46.316, Ehime 44.685, Kochi 43.552 und Saitama hat 41.496, gefolgt von Toyama, Ishikawa und Nagasaki, die jeweils eine Bevölkerungszahl unter 1000 hat.

Das Verhältnis zwischen der *buraku*-Bevölkerung [*dōwa*-Bevölkerung] zur Gesamtbevölkerung [Japans], d.h. das Verhältnis der gemischten Bevölkerung liegt landesweit im Durchschnitt bei 60%, schwankt aber von Präfektur zu Präfektur erheblich.

Das Verhältnis der *buraku*-Bevölkerung zur Gesamtbevölkerung beträgt 11,8:1.000, wobei der höchste Wert mit 72,1 in Nara und 52,3 in Kōchi erreicht wird, aber auch in den Präfekturen Shiga, Hyōgo, Wakayama, Tottori und Tokushima liegt das Verhältnis über 40.

(b) Situation nach Region

Was die Verteilung nach Regionen betrifft, so liegt mehr als ein Viertel der 4.160 Gebiete im Land (1.059) in der Region Chūgoku, gefolgt von 648 in Kanto, 975 in Kinki, 553 in Shikoku, 521 in Kyūshū und 363 in Chūbu, 39 in Hokuriku und 2 in Tohoku (siehe Anmerkung zur nächsten Tabelle).

Schaut man auf die Verteilung der Haushaltszahlen in den *dōwa*-Gebieten, so sind 159.069 Haushälter oder 37% von den 407.279 Haushältern landesweit in der Kinki Region, während in Chūgoku, dass die größte Anzahl von Gebieten hat, 57.764 Haushälter leben und Kanto, Chūbu und Kyushu haben jeweils 50.000 bis 60.000.

498.061 oder 45% der landesweiten 1.113.043 *dōwa*-Bevölkerung ist in der Kinki Region konzentriert, wohingegen Chūgoku mehr als 150.000 hat, die Bevölkerungszahl in Kanto, Shikoku und Kyushu liegt zwischen 100.000 bis 150.000 und Hokuriku hat 7021.

Die Dichte der Gebietsbevölkerung in und um der Kinki Region, wie davor beschrieben, deutet darauf hin, dass die Bevölkerung der *dōwa*-Gebiete in der Leibeigenschaft des feudalen Sozialsystems leben mussten.

(c) Verteilung der dōwa-Gebiete nach Größe

Die Verteilung der *dōwa*-Gebiete nach Haushaltsgröße zeigt, dass 28,8 % der Gebiete weniger als 200 Haushalte haben, während 21,5% 20-39 Haushalte und nur 2,7% mehr als 500 Haushalte haben. Mit anderen Worten: Etwa 50% aller *dōwa*-Gebiete im ganzen Land haben weniger als 40 Haushalte, während die verbleibende Hälfte der Gebiete ebenfalls zwischen 40 und 99 Haushalte aufweist.

(d) Status vom gemischten Wohnen (konjū).

Man kann von einer allgemeinen Tendenz sprechen, gemischte Gebiete zu sehen, die auf die Abschaffung und Trennung von Gemeinden, den Trend zur Verstädterung und die Verslumung von *dōwa*-Gebieten in Großstädten zurückzuführen ist. Einige der gemischten Gebiete sind inzwischen so weit fortgeschritten, dass sie von den Untersuchungen nicht mehr erfasst werden.

Der Anteil der *dōwa*-Bewohner an der Gesamtbevölkerung in den *dōwa*-Gebieten lag landesweit im Durchschnitt bei 60%.

Der prozentuale Anteil der *dōwa*-Bewohner nach Präfekturen, d.h. der Anteil der *dōwa*-Bewohner geteilt durch die Gesamtbevölkerung im *dōwa*-Gebiet, betrug landesweit durchschnittlich 60 %, in den Präfekturen Nara und Ehime jedoch 100 %, in neun Präfekturen zwischen 90-99 %, in 11 Präfekturen 50-89 % und in 14 Präfekturen 10-49 %. Im Allgemeinen haben die Präfekturen in den Regionen Shikoku und Kinki mit ein oder zwei Ausnahmen einen hohen Anteil der *dōwa*-Bevölkerung innerhalb ihrer *dōwa*-Gebiete, während die Präfekturen in den Regionen Kanto und Chūbu einen geringen Anteil aufweisen.

(e) Beschäftigungsstatus

Aufgrund der Schwierigkeit der Untersuchung ist der Beschäftigungsstatus basierend auf die Verteilung von Tagelöhner, Festangestellte und Selbstständigen (inklusive angestellte Familienangehörige).

In 28,2 % aller Gebiete mit einem Anteil von weniger als 10 % beschäftigten Personen und in 24,2 % aller Bezirke mit einem Anteil von 10 bis 20 % beschäftigten Personen waren Tagelöhner tätig, so dass die Mehrheit aller Gebiete mit einem Anteil von weniger als 20 % an berufstätigen Personen Tagelöhner waren. Darüber hinaus waren in 15,3 % aller Gebiete mehr als 50 % der berufstätigen Personen Tagelöhner.

Schaut man bei den Festangestellten, so wiesen 10% und 10-19% der Gebiete jeweils mehr als 25% Festangestellte auf, während 70,9 % aller Gebiete weniger als 30% Festangestellte und nur 9 % der Gebiete mehr als 50 % Festangestellte aufwiesen.

Bei den Selbstständigen ergibt sich ein anderes Bild als bei den Tagelöhnern und Festangestellten: 60,7 % der Gebiete hatten mehr als 50 % Selbstständige. Daraus lässt sich schließen, dass die *dōwa*-Gebiete von der traditionellen *buraku*-Industrie oder der Kleinstlandwirtschaft abhängig sind.

(f) Status des Erhalts vom Schutz unter dem Gesetz zur Erhaltung des Lebensunterhaltes
(*seikatsu hogo hō*)

Von den landesweit 407.279 Haushalten in den *dōwa*-Gebieten erhalten 29.063 Haushalte unter dem Gesetz zur Erhaltung des Lebensunterhaltes öffentliche Unterstützung, was bedeutet, dass die Zahl jener Haushalte, die Schutz erhalten pro 100 Haushalte in den *dōwa*-Gebieten 7,1 beträgt. Verglichen mit dem Landesdurchschnitt von 3,2 ist dies mehr als das Doppelte, und die Zahl der geschützten Haushalte in *dōwa*-Gebieten ist deutlich höher als die der Gesamtbevölkerung.

Die Zahl der Haushalte, die Schutz erhalten je 100 Haushalte in der *dōwa*-Region erreicht in Nagasaki einen Höchststand von 52,4 und übersteigt den Wert von 15,0 in den Präfekturen Kagawa, Fukushima, Kochi, Fukuoka, Tokushima und Saga, während es in den Präfekturen Ibaraki, Nagano, Tochigi, Chiba und Saitama unter 2,0 liegt.

Es besteht ein signifikanter Zusammenhang zwischen der Zahl der schutz-erhaltenden Haushalten auf je 100 in den einzelnen Präfekturen und den Haushalten in den *dōwa*-Bezirken, der Durchschnitt in den einzelnen Präfekturen, in dem ein hoher Durchschnitt zu sehen ist, zeigt sich auch tendenziell in den *dōwa*-Gebieten, wobei der Durchschnitt in den Präfekturen höher ist als der nationale Durchschnitt von 3,2 und der Durchschnitt der *dōwa*-Gebiete in 11 Präfekturen mit 7,1 höher ist als der nationale. Andererseits gibt es 15 Präfekturen, in denen der Präfektur-Durchschnitt unter dem Landesdurchschnitt von 3,2 und den der *dōwa*-Gebiete von 7,2 liegt.

Es ist jedoch erwähnenswert, dass in einigen Präfekturen wie Kagawa, Fukushima, Kyoto, Gifu, Shiga, Hiroshima, Nara und Aichi die durchschnittliche Zahl der schutz-erhaltenen Haushalte pro 100 gleich oder niedriger als der nationale Durchschnitt von 3,2 ist, während der nationale Durchschnitt im *dōwa*-Gebiet über 7,1 liegt. Dies ist erwähnenswert.

(3) Die allgemeine Situation der Gebiete gemäß den detaillierten Untersuchungen

Der Untersuchungsausschuss wählte 16 Gebiete aus dem ganzen Land aus, um ab Juli 1962 eine detaillierte Erhebung durchzuführen, die zusammen mit der oben erwähnten grundlegenden Erhebungen konkrete Daten über *dōwa*-Maßnahmen liefert. (Einzelheiten sind in dem beigefügten Bericht enthalten.) Es versteht sich jedoch von selbst, dass diese Gebiete aufgrund der Vielfalt der *buraku* nicht unbedingt den Landesdurchschnitt repräsentieren. Während die Entstehung der *dōwa*-Gebiete auf die Diskriminierung und die daraus resultierende Armut als Ursache für die allgemeine Rückständigkeit der Gebiete

zurückzuführen ist, kann der Zustand je nach der Vielfalt der lokalen Gemeinschaft auf verschiedene Weise erfasst werden

A) Standortverhältnisse

However, in general, urban *dōwa* areas have changed considerably due to the expansion of urban areas, development of transport, expansion of industrial scale, etc., or due to war damage (as in Osaka City, for example). However, nationwide, there have been few changes, and many of the problems are recurring in the traditional poor environment.

Die *dōwa*-Gebiete befinden sich traditionell in äußerst ungünstigen geografischen Verhältnissen. Das heißt, sie befinden sich auf Flächen, die für die allgemeine Landnutzung, sowohl in Städten als auch auf dem Land, ungeeignet sind, wie z. B. entlang von Flüssen, Flussbetten, Sümpfen, Hängen und Ödland. Infolgedessen werden die *dōwa*-Gebiete bei Überschwemmungen und starken Regenfällen oft schwer beschädigt.

Im Allgemeinen haben sich die städtischen *dōwa*-Gebiete jedoch aufgrund der Ausdehnung der Städte, der Entwicklung des Verkehrs, der Ausweitung der Industrie usw. oder aufgrund von Kriegsschäden (wie z. B. in Osaka City) erheblich verändert. Landesweit haben sich jedoch nur wenige Veränderungen ergeben, und viele der Probleme treten in der traditionell armen Umgebung immer wieder auf.

B) Derzeitige Verhältnisse der Bevölkerung

Im Allgemeinen ist das Phänomen der Abwanderung der Bevölkerung aus dem Land in die Städte, sowie wie der Vermischung der Gebiete mit der generellen Bevölkerung zu sehen.

Obwohl der Anteil der Frauen in der *dōwa*-Bevölkerung größer ist, haben die Mehrheit der Gebiete eine etwaige gleiche Anzahl von Frauen und Männern. Ein Grund hierfür kann man vermuten, dass mehr Männer die Gebiete verlassen. Die Altersstruktur weist eine vergleichsweise geringe Anzahl von Personen zwischen dem Alter von 15 bis 25, was sozusagen ein Mittelhalbsphänomen (*nakakubire genshō*) darstellt und dazu führt, dass die Gebietsbevölkerung in ihren Lebensfunktionen offensichtlich stagnieren muss.

Die Wohnungsdichte in den *dōwa*-Gebieten ist im Vergleich zu den allgemeinen nicht besonders überfüllt, aber die in den städtischen Gebieten sind dicht mit Häusern, Reihenhäusern, Miet- und Pachtwohnungen und haben sich vielerorts zu Slums entwickelt. Mit dem raschen Wirtschaftswachstum sind in den generellen ländlichen Gebieten rege Bevölkerungsbewegungen in die Städte zu verzeichnen, aber auch die Abwanderung der Bevölkerung aus den *buraku* ist beträchtlich, wenn auch nicht in demselben Ausmaß wie in

den allgemeinen Gebieten. Betrachtet man jedoch die Nachkriegssituation, so ist festzustellen, dass nicht wenige der Abwanderer aus der Vor- und Kriegszeit aufgrund von Evakuierung, Verlust der Arbeit, Kriegsschäden, Tod des Ehemannes und anderen Umständen in ihre Heimat zurückgekehrt sind. Dieses Phänomen ist auch in den allgemeinen Bezirken zu beobachten, aber im Fall der *dōwa*-Gebiete waren viele gezwungen, aufgrund von Diskriminierung und Schwierigkeiten in ihrem Leben zurückzukehren.

Vor dem Zweiten Weltkrieg waren die generellen und die *dōwa*-Gebiete durch Flüsse, Felder, Straßen und Gräben voneinander getrennt, doch in letzter Zeit haben sich die städtischen *dōwa*-Gebiete aufgrund der Ausdehnung des Gebietes selbst und des Zuzugs der generellen Bevölkerung auf der Suche nach Wohnraum und Fabrikstandorten tendenziell vermischt. Diese Tendenz erstreckt sich nicht auf das Zentrum des Gebietes, sondern ist häufiger umliegend anzutreffen, und selbst wenn sie denselben Nachbarschaftsverband haben, gibt es oft eine gewisse Spannung und Distanz in den Lebensbeziehungen zwischen den beiden Seiten.

C) Familie und Heirat

Die Familiengröße unterscheidet sich sowohl in den ländlichen als auch in den städtischen Gebieten nicht mit den generellen, mit etwa vier bis fünf Mitgliedern pro Haushalt, obwohl die Zahl etwas höher in den ländlichen Gebieten ist.

Die meisten Ehen sind normal, es gibt keine nennenswerte Anzahl geschiedener Paare oder Witwen. Die meisten Ehen sind arrangiert, aber ein erheblicher Anteil der jüngeren Altersgruppen ist verheiratet auf eigener Basis (*jiyūkon*).

Die Diskriminierung in der Ehe ist das letzte unüberwindbare Hindernis für die *buraku*-Diskriminierung. Traditionell werden Ehen zwischen den betroffenen Personen in der blockierten Form der „Inter-*buraku*-Ehen“ geschlossen, [d.h.] meist zwischen Einwohnern aus demselben Gebiet oder anderen Gebieten, und Mischehen mit generellen Menschen sind äußerst selten.

D) Industrie und Beruf

Was die Industrie betrifft, so gibt eine große Anzahl von Kleinstunternehmen in der Landwirtschaft und im Handel und in der Industrie sowie deren Beschäftigte und einfache Arbeiter, und nur wenige Beschäftigte in der modernen Industrie. In den ländlichen *buraku* ist die Landwirtschaft auf den Feldern die Quintessenz, aber es gibt auch einige Gebiete, in denen Obstbaumzucht betrieben wird. Die landwirtschaftlichen Betriebe sind sehr klein, in den

meisten Gebieten liegen sie im Durchschnitt bei vier Hektar. Daher gibt es nur sehr wenige Vollerwerbslandwirte, und die meisten sind Nebenerwerbslandwirte, die häufig als Tagelöhner, Leiharbeiter, Hausierer, Wanderarbeiter, Strohverarbeiter usw. tätig sind.

In den städtischen Gebieten gab es eine gewisse traditionelle Industrie, aber diese Gebiete und ihre Einwohner gehen allmählich zurück, und es findet eine zunehmende Verlagerung zu Lohnarbeit, einfacher Arbeit, Handel und Dienstleistungen statt. Zu den Industriezweigen gehören im Allgemeinen Metzgereien, Lederwaren, Schuhmachereien, Rohwaren, Schuhwerk, Hausieren und Maklerdienste.

In Bezug auf die Berufe ist bemerkenswert, dass die Zahl der Eigentümer von Kleinunternehmen und ihrer Beschäftigten insgesamt sehr hoch und instabil ist und dass es erhebliche Unterschiede zwischen Eltern und ihren Kindern gibt. Die Eltern sind eher in traditionellen Industrien oder Berufen oder in einfachen Tätigkeiten beschäftigt, während ihre Kinder eher moderne Beschäftigungsverhältnisse bevorzugen und auch seltener in großen modernen Unternehmen tätig sind.

Auf den ersten Blick mag dies auf ein geringes Niveau an Kenntnissen, Fähigkeiten und Bildung zurückzuführen sein, aber im Grunde basiert es darauf, dass sie aufgrund sozialer Diskriminierung keine Arbeit finden.

Darüber hinaus werden mehr Kinder beschäftigt, weil sie die traditionellen Industrien und die einfache Arbeit nicht mögen, aber die eigentliche Ursache ist der absolute Mangel an Arbeitskräften aufgrund des Wirtschaftswachstums, der sie in eine Situation niedriger Löhne bringt.

E) Bildungssituation

Der Zustand des Bildungswesens ist gekennzeichnet durch schlechte schulische Leistungen der Schüler, Verzögerungen in der Sozialerziehung und eine unzureichende *dōwa*-Bildung (*dōwa kyōiku*). Die Leistungen der Schüler in der Schulbildung, sowohl in der Grundschule als auch in der Sekundarstufe, sind im Allgemeinen recht schlecht, und obwohl einige von ihnen zu den Besten gehören, befindet sich die Mehrheit in den mittleren oder unteren Bereichen.

Was der Situation der Laufwege der Sekundarstufenschüler betrifft, sind sowohl in den städtischen als auch in den ländlichen Bezirken die meisten berufstätig, nur wenige besuchen eine weiterführende Schule, und die Quote ist nur halb so hoch wie im generellen Gebieten, nämlich etwa 30 %. Die geringere Quote der Schüler, die eine höhere Ausbildung absolvieren, ist häufig auf die Armut der Familie oder die schlechten schulischen Leistungen der Schüler

selbst zurückzuführen. Das Interesse der Eltern an der Bildung ist jedoch sehr groß, und es ist bemerkenswert, dass etwa 80 % der Eltern wollen, dass ihre Kinder einen höheren Bildungsgrad absolvieren.

Abhängig vom Gebiet gibt es recht aktive sozialpädagogische Aktivitäten, wobei Nachbarschaftshäuser (*rinpokan*) und Gemeindezentren (*kōminkan*) als Basis für solche dienen, aber im Allgemeinen sind sie kontrastlos. Die Gründe dafür sind unzureichende Einrichtungen und Ausrüstungen, Mangel an Personal (insbesondere an Lehrern) und Budget sowie eine hohe Arbeitsbelastung, insbesondere der Mangel an Leitern ist ein Problem.

Die Aktivitäten der sozialpädagogischen Gruppen werden hauptsächlich von Frauen- und Kinderverbänden organisiert, während es nur wenige Jugendgruppen gibt. Die Hauptinhalte der Aktivitäten von Frauenverbänden sind Workshops, Vorträge und Besichtigungen zu Lebenskompetenzen und Allgemeinbildung, während die Aktivitäten von Kinderverbänden aus Besichtigungen, Freizeitaktivitäten und ergänzendem Unterricht bestehen. Die geringe Zahl der Aktivitäten von Jugendgruppen bestätigt die Tatsache, dass es in dieser Altersgruppe eine hohe Abwanderung von Menschen gibt.

Die *dōwa*-Bildung wird zwar im Rahmen der Schulbildung und der Sozialerziehung durchgeführt, aber die derzeitige Situation ist nicht frei von Schwächen. Dies ist zum einen auf das Fehlen einer grundlegenden *dōwa*-Bildungspolitik für diese Bereiche zurückzuführen, zum anderen aber auch auf die mangelnde Kenntnis und Ausbildung der Lehrer und Ausbilder in diesem Bereich.

Das Bildungsniveau der Bevölkerung, sowohl der Eltern als auch der Kinder, hat sich zwar erheblich verbessert, ist aber immer noch deutlich niedriger als in generellen Gebieten. Zum Beispiel lag in der Vergangenheit das Bildungsniveau der Eltern beispielsweise meist bei Grundschulniveau, während Mittelschulabsolventen äußerst selten waren. Heute haben etwa 15 % der Eltern einen Mittelschulabschluss und etwa 30 % der Kinder einen Mittelschulabschluss oder höher. Dies ist jedoch weniger als die Hälfte des Anteils der Eltern und Kinder in den generellen Gebieten, der bei 30-40 % bzw. 60-70 % liegt.

F) Lebensumstände

Dōwa-Gebiete werden oft mit einkommensschwachen Vierteln (Slums) gleichgesetzt, da die äußeren Lebensbedingungen äußerst schlecht sind.

Straßen und Abwasserkanäle sind im Allgemeinen rückständig, und es gibt viel Raum für Verbesserungen in Bezug auf Gesundheit und Hygiene sowie Brandschutz. Nur sehr wenige Gebiete haben auch Straßenbeleuchtungen installiert.

Die Wasserversorgung wird immer noch gemeinsam genutzt oder es werden Brunnen verwendet. Selbst in städtischen Gebieten ist die Nutzung von Brunnen noch üblich. Die Einrichtungen zur Entsorgung menschlicher Abfälle und Müll werden in den städtischen Gebieten allmählich ausgebaut und entsprechen denen in den generellen, aber in vielen Landwirtschafts- und Fischerdörfern sind diese Einrichtungen mangelhaft, und der Müll wird in dort oft unbeaufsichtigt gelassen oder unvollständig entsorgt.

Was die Wohnungssituation anbelangt, so wurden in einigen Gebieten erhebliche Fortschritte beim Bau zusätzlicher verbesserter Wohnungen erzielt, aber in vielen Fällen sind noch immer schlechte, überfüllte Holzhäuser vorhanden. Bei den Wohnungen handelt es sich meist um einstöckige freistehende Holzhäuser oder Reihenhäuser. In einigen städtischen Gebieten sind auch illegale Besetzungen geplanter Straßenbaustellen und anderer Flächen zu beobachten, ebenso wie provisorische Hütten in den städtischen und ländlichen Gebieten.

Bei den Wohneinrichtungen gibt es zwar einige Gebiete mit Gemeinschaftsbädern, aber die Küchen und Toiletten sind unzureichend. Insbesondere die Nutzung von Gemeinschaftstoiletten ist in vielen Gebieten immer noch üblich, und die unhygienischen Latrinen sind weit davon entfernt, verbessert zu werden. In den städtischen Gebieten, sowie auch in den ländlichen nutzen einige Haushalte Erdgas, aber der Verbreitungsgrad ist sehr gering und es werden häufig Öl- und Holzöfen verwendet.

G) Lebensstandard

Das Einkommensniveau der Einwohner der *dōwa*-Gebiete ist allgemein niedrig, und es ist recht schwierig, dies, anhand der oben beschriebenen Merkmalen der industriellen und beruflichen Struktur der Gebiete, zu verbessern. Der größte Teil der Bevölkerung in den *dōwa*-Gebieten geht einfachen und unregelmäßigen Arbeiten nach, und ihr monatliches Einkommen ist oft gering und nicht konstant. Sowohl in den städtischen als auch in den ländlichen Gebieten kommt oft das Einkommen aus familiären Beschäftigungen. Mit anderen Worten, das Einkommen wird häufig durch die individuelle Beschäftigung des Ehepartners oder anderer zusammenlebender Familienmitglieder ergänzt und hängt nicht nur vom Familienvorstand ab.

Die Ausgaben entsprechen oft dem Einkommen oder übersteigen es. Außerdem besteht die Tendenz, das begrenzte Einkommen ungeplant auszugeben. Ein weiteres Merkmal ist ein extrem hoher Engels-Koeffizient. Was die Einkommensstruktur betrifft, so haben viele Haushalte ein Familienmitglied, das arbeitet oder teilweise selbständig ist, während viele Haushalte zwei oder mehr Mitglieder haben, die arbeiten oder teilweise selbständig sind, aber es gibt auch viele Haushalte mit zwei oder mehr Familienmitgliedern, die arbeiten oder eine

Kombination aus Arbeit und Unternehmenseinkommen haben. Es gibt auch eine kleine Anzahl von Haushalten mit Vermögenseinkommen, Sozialrenten, Arbeitslosenversicherung und Transferleistungen für Pflegebedürftige.

Der Verbreitungsgrad von Gebrauchsgütern ist im Allgemeinen gering. Insbesondere die Verbreitung von Nähmaschinen, elektronischen Waschmaschinen und Fernsehgeräten liegt unter dem nationalen Durchschnitt. Die Abonnementraten von Zeitungen und Zeitschriften sind oft recht niedrig, insbesondere bei Zeitschriften, die nur selten abonniert werden. Ihr Verbreitungsgrad scheint dem Einkommensniveau der Bewohner der *dōwa*-Gebiete zu entsprechen und bei den einkommensschwachen Gruppen ist der kulturelle Standard ebenso niedrig wie der wirtschaftliche.

H) Lebensunterhalt und Wohlfahrt

Der niedrige wirtschaftliche und kulturelle Standard in den Gebieten führt zu sozialen Problemen wie Armut und Krankheit in der Bevölkerung sowie zu pathologischen Phänomenen wie Kriminalität, Schulversagen und langem Fernbleiben vom Unterricht.

Der hohe Anteil von Haushalten in allen Gebieten, die verschiedene Arten von öffentlicher Unterstützung erhalten, kann man nicht ignorieren. Andererseits ist die Beteiligung an den verschiedenen Arten von Sozialversicherungen im Allgemeinen gering, und die Beteiligung an der Krankenversicherung, den Hilfsvereinen auf Gegenseitigkeit und der staatlichen Krankenversicherung ist deutlich niedriger als in generellen Gebieten.

Außerdem ist die Inanspruchnahme so genannter privater Hilfen, wie z. B. Vereinen (*kōai*), im Vergleich zu früheren Jahren stark rückläufig. In den ländlichen Gebieten ist der Anteil der unterstützten Haushalte geringer. Dies hat jedoch zur Folge, dass der Lebensstandard dort nicht hoch ist.

Die aktiven Bemühungen der Bewohner der *dōwa*-Gebiete in Bezug auf das Wohlergehen ihrer Lebensgrundlagen sind sehr partiell und zeitlich begrenzt. So ist beispielsweise das aktive Interesse und die Beteiligung an Jugendgruppen, Frauenverbänden, Seniorenclubs, Kinderverbänden und anderen Gemeinschaftsgruppen im Distrikt negativ. Diese Gemeinschaftsgruppen haben keine ausreichenden und interessanten Funktionen, um die aktive Beteiligung der Stadtteilbewohner zu fördern. In vielen Fällen mangelt es auch an einer angemessenen Anleitung durch professionelle Mitarbeiter bei sozialen Aktivitäten in den Gebieten.

1) *Bewusstsein für das dōwa-Problem*

Was das Bewusstsein für Menschenrechte in Bezug auf „Diskriminierung“ anbelangt, so ist das Bewusstsein für das *dōwa*-Problem in den allgemeinen Gebieten sehr schwach ausgeprägt. Darüber hinaus gibt es immer noch erhebliche Missverständnisse und Vorurteile in der Bevölkerung, und je nach Geschlecht, Altersgruppe oder Region bestehen starke Gefühle der „Diskriminierung“.

Ein Teil der Bevölkerung behauptet, dass „die von der Verfassung garantierten grundlegenden Menschenrechte bereits heute gelten, wenn man heiratet oder einen Arbeitsplatz findet“, d. h. dass „es keine Verletzung der Menschenrechte gibt, unabhängig davon, ob man Teil der *buraku* ist oder nicht“, während Einwohner von *dōwa*-Gebieten behaupten, dass „die Menschenrechte nicht geschützt sind“, weil sie bereits direkte Diskriminierung in Bezug auf Heirat und Arbeit erfahren haben. Was die unmittelbaren Gefühle und Einstellungen der Öffentlichkeit gegenüber den *dōwa*-Gebieten und deren Einwohner, so besteht ein Problem, das sowohl in der Stadt als auch im Land, die Bürger, auch wenn sie formal dazu verpflichtet sind, mit den Einwohnern in Kontakt zu treten, dies im Grunde genommen nur widerwillig tun und es sogar eher vermeiden. Es besteht ein Mangel an richtigem Bewusstsein und Wissen über das *dōwa*-Problem und Mangel an positiven Überlegungen zur Lösung des Problems. In einigen Gebieten wurde eingeräumt, dass es Probleme mit der Grobheit, der Einstellung, der Kleidung, dem Bildungsniveau, der Kultur und der Armut der Bevölkerung gibt, und dass es in einigen Fällen deutliche Anzeichen für eine direkte Diskriminierung in Bezug auf Sprache und Verhalten gibt. Diskriminierende Sprache und diskriminierendes Verhalten wurden von vielen Bewohnern der Gebiete u. a. „in der Arbeitswelt und in beruflichen Beziehungen“, „in der Ehe“, „in der Nachbarschaft“ und „in Beziehungen durch die Schule“ erlebt.

Besonders viele von ihnen erlebten Diskriminierung am Arbeitsplatz und in der Ehe, und sie erlebten irgendeine Form der direkten Diskriminierung, unabhängig von Geschlecht oder Alter. Unter der generellen Bevölkerung, die in der Nähe der Gebiete lebt, gab es auch diejenigen, die glaubten, dass selbst wenn direkte Äußerungen von diskriminierender Sprache und diskriminierendem Verhalten aufhören würden, „die Diskriminierung immer noch bestehen bliebe“, oder dass „die Diskriminierung nicht durch irgendwelche sozialen Maßnahmen gelöst werden würde“.

Teil 2 Verlauf der *dōwa*-Maßnahmen

1 *Buraku*-Verbesserung (*kaizen*) und *dōwa*-Maßnahmen

Der Erlass des Emanzipationsgesetzes im Jahr 1871 war ein Meilenstein für das *dōwa*-Problem. Da es jedoch an administrativen Maßnahmen fehlte, die eine substanzielle Emanzipation garantiert hätten, ist es bemerkenswert, dass kurz darauf unter den Einwohnern der *dōwa*-Gebiete eine freiwillige Bewegung zur Verbesserung der *dōwa*-Gebiete durch ihre eigenen Anstrengungen entstand.

Es ist nicht verwunderlich, dass die Bewohner der *dōwa*-Gebiete, die am unteren Ende der Gesellschaft unterdrückt worden waren, sich, angeregt durch die liberale Bürgerrechtsbewegung nach der Meiji-Restauration, zu freiwilligen Aktionen entschlossen. Nakae Chōmin, der als erster die demokratischen Ideen von Rousseau in Japan einführte, und sein Schüler Maeda San'yū äußerten sich häufig zum *dōwa*-Problem und versuchten, das Bewusstsein der Einwohner der *dōwa*-Gebiete zu wecken. Im Juni 1902 wurde in einer Ecke der Präfektur Okayama eine Organisation mit dem Namen „die bürgerliche Sicherheits- und Arbeitsvereinigung (*Bisaku Heiminkai*)“ gegründet, die von jungen Männern geführt wurde, die von ihnen beeinflusst waren, und eine Vorreiterrolle in der Bewegung zur Verbesserung der *dōwa*-Gebiete einnahmen.

Die bürgerliche Sicherheits- und Arbeitsvereinigung verfolgte die Politik, dass „zunächst die Missstände in unserem eigenen Volk beseitigen werden müssen und dann unsere Frustration auf die Außenwelt zu übertragen“, und verbesserte aktiv die öffentliche Moral, regte die Bewegung an, förderte die Bildung in der Produktionserhöhung, bildete Humanressourcen aus usw., um die Grundlagen der Unabhängigkeit zu festigen und dann das Nachdenken über die Gesellschaft zu fördern, was als typisch für den internen Verbesserungsismus (*kaizen shugi*) beschrieben werden könnte.

Die große japanische Gesellschaft für brüderliche Versöhnung (*Dainippon Dōhō Yūwa Kai*) wurde dann im Juli 1903 in Osaka gegründet. An der Gründungsversammlung nahmen 300 Vertreter aus Tokio, Aichi, Mie, Kyoto, Osaka, Nara, Wakayama, Hyōgo, Okayama und anderen Präfekturen sowie aus Kyushu und Shikoku teil, so dass es sich um eine Versammlung von nationaler Bedeutung handelte. Die auf dieser Generalversammlung beschlossene Aktivitätsprinzipien war im Wesentlichen dieselbe wie die der bürgerlichen Sicherheits- und Arbeitsvereinigung und umfasste die Pflege der Moral, die Korrektur der Sitten, die Förderung der Bildung, die Beachtung der Hygiene, die Ausbildung der Menschen, die Sparsamkeit und das Sparen sowie die Förderung von Industrie und Handel. Auf jedem Fall war die Gründung

der großen japanischen Gesellschaft für brüderliche Integration von großer Bedeutung, da sie die landesweite Entwicklung der *Kaizen*-Bewegung markierte.

Nach dem Russisch-Japanischen Krieg waren die Finanzen des Landes angespannt und die steigenden Preise erschwerten das Leben der Menschen. Die Wiederherstellung der nationalen Macht und die Stabilisierung des Lebens der Menschen wurden zu einer dringenden Aufgabe für die Regierung. Das Innenministerium konzentrierte sich auf lokale Verbesserungsprojekte und förderte und begleitete die Einrichtung von Modellstädten und -dörfern. Die Gouverneure der Präfekturen in der Region Kansai beklagten jedoch, dass die *dōwa*-Gebiete in einem so schlechten Zustand waren, dass es schwierig war, sofort Modellstädte und -dörfer zu errichten.

Im Jahr 1907 beschloss die Regierung, eine landesweite Untersuchung der *dōwa*-Gebiete durchzuführen und Anreize und Auszeichnungen für „Muster-*buraku*“ und diejenigen zu vergeben, die zur Verbesserung der Situation beigetragen hatten. So wurden in Osaka, Wakayama, Hyōgo, Nara, Kyoto, Mie und anderen Präfekturen Projekte zur Verbesserung der Situation der *Buraku* als Teil lokaler Reformen in Angriff genommen.

Am 7. und 8. November 1913 organisierte das Innenministerium eine Sitzung der nationalen Konferenz der armen *Buraku* (*Zenkoku saimin buraku kyōgikai*), auf der alle möglichen Themen erörtert wurden, darunter Bildung, Sitten und Gebräuche, Beruf, Wohnen, Hygiene, medizinische Versorgung, Steuerzahlung, Sparen, Finanzen, Sozialisierung, Einwanderung und Religion. Mizuno Rentarō, der damalige Generaldirektor des Regionalbüros, brachte auf der Sitzung die Ansicht der Regierung zum Ausdruck, dass „wir die *buraku* vollständig verbessern und ihn zu einem nützlichen Volk für die Nation machen wollen, um so die Nation reich und stark zu machen“, und dass wir, um dies zu erreichen, „mit lokalen Philanthropen und einflussreichen Leuten zusammenarbeiten und gemeinsame Anstrengungen mit dem öffentlichen und privaten Sektor unternehmen müssen, um die *buraku* sowohl in geistiger als auch in materieller Hinsicht zu verbessern“.

Um zu verstehen, wie diese Maßnahmen zur Verbesserung der Situation in den *buraku* in der Praxis umgesetzt wurden, nehmen wir das Beispiel der Präfektur Mie. Der Gouverneur von Mie, Hideyoshi Arimatsu, ehemaliger Leiter der Polizeiabteilung des Innenministeriums, beauftragte einen Christen namens Toraichirō Takeba, einen *shiei*-Hilfsarbeiter der Präfektur, mit der praktischen Anleitung und ließ die Polizeichefs und die Bürgermeister der Gebiete zusammenarbeiten, um in jedem Bezirk „Verbände der unabhängigen Unternehmen (*jieisha*)“ zu gründen, die „Patriotismus einflößen, die Menschheit aufklären, Sauberkeit fördern und Bildung verbreiten“ und die Lebensbedingungen verbessern sollten, Sie arbeiteten

auch daran, das Leben der Menschen zu verbessern und die öffentliche Moral zu korrigieren. In der Satzung des Verbandes der unabhängigen Unternehmen, das diese Verbesserungsmaßnahmen förderte, hieß es zu Beginn: „Wir danken Gott, dass wir in einer heiligen und wohlwollenden Welt geboren wurden, und wir beten jeden Morgen aus Dankbarkeit für die Segnungen, die wir heute erhalten“. Dies kann als klarer Ausdruck des wohlwollenden Charakters der *buraku*-Verbesserungsmaßnahmen jener Zeit angesehen werden.

Die „Vereinigung des imperialen Weges (*Teikoku Kōdō Kai*)“, die die private Bewegung in der Taishō-Ära repräsentierte, wurde im Juni 1914 auf Initiative von Taku Ōe gegründet. Wie es im Programm steht: „Es gibt auch heute noch viele in unserem Volk, die stur und eigensinnig sind, die den Platz des Heiligen Geistes im täglichen Umgang miteinander vergessen, die die großen Prinzipien der Menschlichkeit ignorieren und die nicht wissen, dass sie sich schämen sollten. Dies ist in der Tat ein Ausdruck dafür, dass es in unserer Gesellschaft immer noch einige gibt, die der Barbarei noch nicht entkommen sind und denen man nicht erlauben sollte, um unserer Nation willen untätig zu bleiben“, war es ihre Absicht, eine humanitäre, mitfühlende *yūwa*-Bewegung zu sein, um die Ignoranz in der allgemeinen Gesellschaft zu durchbrechen.

Andererseits ist festzustellen, dass zu diesem Zeitpunkt eine unabhängige Verbesserungsbewegung entstand, die sich auf das Bewusstsein der Menschen in den *dōwa*-Gebieten stützte. Mit anderen Worten: Im August 1913 wurde in der Präfektur Nara die „Yamato Partisanen Vereinigung (*Yamato dōshikai*)“ gegründet, gefolgt von der *Chinzei* Unparteiische Vereinigung (*Chinzei kōmeikai*) in der Präfektur Fukuoka, der Gesellschaft zur Einheit der Menschen in der Stadt (*Fukushima chōmin icchi kyōkai*), der Izumo Partisanen Vereinigung (*Izumo dōshikai*) der Präfektur Shimane und der Partisanen Vereinigung in Präfektur Okayama (*Okayama-ken dōshikai*), und die *Buraku*-Verbesserungsbewegung erweiterte sich. Diese Gruppierungen unterschieden sich in ihrem Charakter von dem Verband der unabhängigen Unternehmen in Mie während der Meiji-Ära, die als freiwillige Vereinigungen der *dōwa*-Einwohner von unten organisiert war, und nicht als staatlich organisierte Vereinigungen, die von der Regierung von oben gefördert wurden. Der eingereichte Antrag, den Okamoto Hiroshi, der die Präfektur Wakayama im oben erwähnten nationalen Konferenz der armen *Buraku* vertrat, an Innenminister Hirata Tōsuke richtete, gibt die Ansichten und Argumente der damaligen Führung der Kaizen-Bewegung wieder. Nämlich,

- Die *buraku*-eigenen Berufe sollten dazu ermutigt werden, so weit wie möglich geändert zu werden, und Berufe mit unangenehmem Geruch, wie z. B. Leder, sollten an überfüllten Orten verboten werden. Außerdem sollen Vorschriften zur Kontrolle und Verbesserung des Erscheinungsbildes von Schuhreparaturen und anderen unansehnlichen Berufen erlassen werden.
- Unzureichende Beleuchtung und Rauchabzug in den Wohnungen der Armen verursachen häufig Augenkrankheiten. Auch sind die Latrinen unzureichend und die Präfekturregierungen sollten eine Verordnung über den Bau von Häusern erlassen, eine bestimmte Frist einräumen und eine schrittweise Umgestaltung anordnen.
- Es sollten auch Vorschriften für die Reinigung von Gräben in Wohnstraßen festgelegt werden.
- Die *buraku*-Bevölkerung wächst immer mehr, sowie die Zahl der Armen. Maßnahmen zur Auswanderung in andere Gebiete sollten besonders in Betracht gezogen werden.
- Es sollten besondere Einrichtungen geschaffen werden, die sich der vollständigen Heilung von Trachom widmen, einer für die *buraku* charakteristische Krankheit.
- Die Missstände der *buraku* sind nicht von heute auf morgen entstanden, und es ist unwahrscheinlich, dass sie allein durch Unterweisungen und Ermutigungen verbessert werden kann. Wir würden es begrüßen, wenn der Staat entsprechende Subventionen bereitstellen würde.
- Das Bewusstsein der *buraku* ist der wichtigste Faktor für die Verbesserung der Situation der *buraku*, aber was dies behindert, ist die Diskriminierung in der Öffentlichkeit. Die folgenden zwei oder drei Beispiele sind zu nennen:
 - (a) *Burakumin* werden in der Regierung, in öffentlichen Ämtern, Unternehmen und Fabriken nicht eingesetzt. Die mangelnden Fortschritte im Bildungsbereich für die Buraku-Bevölkerung sind darauf zurückzuführen.

- (b) B. Für die *burakumin* ist es äußerst schwierig, sich in Grund- und Sekundarschulen sowie in Schulen oberhalb der Berufsschule einzuschreiben. Die Beseitigung der Diskriminierung in den Schulen ist der einzige Weg, um den Geist zum Schulbesuch (*shūgakushin*) der Buraku zu verbessern.
- (c) Diejenigen, die über ein hohes Maß an Bildung und Erfahrung verfügen, sollten in öffentliche Ämter berufen werden, um die Herzen der *buraku* zu inspirieren und ermutigen und zu glauben, dass man in der Bildung voranschreiten sollte, ohne jene Ermutigung zu warten. Die Verbesserung der *buraku* bedeutet wachsenden Wohlstand.
- Es gibt nicht wenige Fälle, in denen Menschen in der Wirtschaft und in der kleinbäuerlichen Landwirtschaft benachteiligt werden, weil sie *burakumin* sind. Es sollten Anstrengungen unternommen werden, um solche diskriminierenden Praktiken zu beseitigen.

Wie oben beschrieben, beruhten die *buraku*-Maßnahmen der Meiji- und Taishō-Ära auf der Annahme, dass die schlechten Lebensbedingungen der Bewohner von *dōwa*-Gebieten auf die Pathologie des japanischen sozioökonomischen Systems zurückzuführen seien und dass das *dōwa*-Problem einfach durch eine Verbesserung der subjektiven Lebensbedingungen der Bewohner des Gebiets gelöst werden könne.

2 Die Befreiungsbewegung (*kaihō*) und Versöhnungsmaßnahmen (*yūwa*)

Erst in der zweiten Hälfte der Taishō-Ära erregte das *dōwa*-Problem die Aufmerksamkeit und das große Interesse der Regierung und der allgemeinen Gesellschaft, ausgelöst durch die Reisunruhen im Juli 1918 und die Bewegung der Nationalen Levellers-Gesellschaft (*Zenkoku Suiheisha*), die im Jahr 1922 gegründet wurde.

Bei den Reisunruhen handelte es sich um spontane Aufstände unter einer Vielzahl von Bevölkerungsgruppen mit niedrigem Einkommen, die durch den starken Anstieg der Reispreise in Not geraten waren. Es ist Fakt, dass viele Bewohner der *dōwa*-Gebiete in Städten wie Kyoto, Okayama, Hiroshima, Tsu und Nagoya zusammen mit der breiten Öffentlichkeit, einschließlich Arbeitern und Bürgern, an diesen Unruhen teilnahmen und gewaltsam vorgingen. Es ist auch Fakt, dass Einwohner von Shiga, Nara, Wakayama, Toyama, Kagawa, Yamaguchi, Fukuoka und anderen Städten an den Unruhen teilnahmen. Die Reisunruhen wurden jedoch

weder allein von den Einwohnern von *dōwa*-Gebiete verursacht noch wurden sie von denen systematisch angeführt, noch waren sie auf Diskriminierung zurückzuführen. Inmitten des beispiellosen wirtschaftlichen Aufschwungs, der durch die wirtschaftlichen Auswirkungen des Ersten Weltkriegs verursacht wurde explodierte jedoch der Druck und der Unmut über die Diskriminierung seitens der Einwohner der *dōwa*-Gebiete, die mehrheitlich in ärmlichen und miserablen Lebensbedingungen lebten, die sich über viele Jahre hinweg aufgebaut hatten, und veranlassten viele Bewohner, sich an den Reisunruhen zu beteiligen. Das Interesse der Regierung und der allgemeinen Gesellschaft konzentriert sich auf die Ernsthaftigkeit und Schwere des *dōwa*-Problems, in dem eine solche antisoziale Energie latent vorhanden ist. Mit anderen Worten: Die Reisunruhen führten dazu, dass das *dōwa*-Problem entdeckt und als ernstes soziales Problem anerkannt wurde.

Dies wurde durch die von der Vereinigung des imperialen Weges organisierte Sympathie- und Versöhnungskonferenz (*dōjō yūwa taikai*) sowie durch die Tatsache bewiesen, dass im Staatshaushalt für 1920 50.000 Yen für regionale Verbesserungen bereitgestellt wurden. Im Februar 1919 wurde die erste Sympathie- und Versöhnungskonferenz von der Vereinigung des imperialen Weges im Tsukiji Honganji in Tokio abgehalten. An der Konferenz nahmen mehr als 430 Personen teil, darunter Mitglieder beider Häuser des Parlaments, Minister der betroffenen Ministerien, Angehörige des Adels, Gelehrte, religiöse Führer und einflussreiche Personen aus den *dōwa*-Gebieten.

In der Deklaration der Hauptversammlung wurde die Regierung aufgefordert, über die Situation nachzudenken: "Wenn der Kurs aufgrund dieser Täuschung nicht geändert wird, muss sichergestellt werden, dass diejenigen unter ihnen, die radikale Ideen hegen, die Gesellschaft nicht verfluchen". Die einflussreichen Personen aus den *dōwa*-Gebieten, die an der Versammlung teilnahmen, trafen sich getrennt, um Gegenmaßnahmen zu erörtern, und wandten sich daraufhin mit einer Petition an die zuständigen Ministerien, darunter das Innenministerium, das Kriegsministerium, das Marineministerium und das Bildungsministerium, sowie an die politischen Parteien, um die Lage der *buraku* zu verbessern, und reichten im darauf folgenden März eine Petition beim 41. kaiserlichen Landtag ein. Im Februar 1921 fand die zweite Sympathie- und Versöhnungskonferenz statt, an der zahlreiche Vertreter der *dōwa*-Gebiete aus dem ganzen Land teilnahmen. Nach der Konferenz wurden mehrere führende Persönlichkeiten aus den *dōwa*-Gebieten in Wakayama, Hiroshima, Yamanashi und anderen Präfekturen zu Mitgliedern des Exekutivkomitees gewählt und wandten sich mit einer Petition an die zuständigen Ministerien, in der sie diese aufforderten,

eine aktive Politik zur Verbesserung der Situation der buraku zu betreiben. Sie richteten auch folgende Petitionen an den 42. kaiserlichen Reichstag.

- Anstellungen von *burakumin* als Regierungsbeamte.
- Keine Erwähnung von speziellen *buraku* (*tokushu buraku*) oder anderen abstoßenden Schriftzeichen in offiziellen Dokumenten, Hintergrundprüfungen usw.
- Abschaffung der diskriminierenden Behandlung in der Armee. Abschaffung der diskriminierenden Behandlung im Bildungswesen.
- Formation von Gruppierungen zur Verbesserung der *buraku*. Einrichtung einer Forschungsorganisation zur Verbesserung der *buraku*.
- Fonds für buraku-Verbesserungen sollten aus dem Fiskus bezahlt werden. Einrichtung einer Abteilung im Innenministerium für *buraku*-Verbesserungsangelegenheiten und Ernennung eines Vollzeitmanagers.
- In den Kommunalverwaltungen sollte eine Sozialabteilung eingerichtet und ein hauptamtlicher Beamter für die *buraku*-Verbesserung ernannt werden.
- Aufhebung der internen Begrenzung der Zahl der Haushalte, die in Gruppen nach Hokkaido auswandern können.

Der Inhalt dieser Petition ist eine gute Quelle für Informationen über die konkreten Maßnahmen, die die Anführer der *dōwa*-Gebiete damals als *dōwa*-Maßnahmen (*dōwa taisaku*) forderten. Kurz gesagt, die Forderungen sind im Grunde dieselben wie die der Verbesserungsbewegung der Meiji- und frühen Taishō-Ära, aber es wurden insofern Fortschritte gemacht, als sie sich zu Forderungen nach administrativen Maßnahmen entwickelten und nicht mehr in erster Linie auf interne Verbesserungen ausgerichtet waren.

In diesem Zusammenhang führte die Regierung eine landesweite Untersuchung zu *buraku* durch und verabschiedete im August 1934 das "Programm der *buraku*-Verbesserungen", den Bericht des Forschungsinstituts für Sozialhilfe, eines

Beratungsgremiums des neu gegründeten Amt für soziale Angelegenheiten, um eine Verwaltungspolitik festzulegen, und erhöhte im folgenden Jahr (Geschäftsjahr 1935) das Budget auf 210.000 Yen, um die Maßnahmen auszuweiten. Als Reaktion auf die Politik der Regierung zur Lösung des *dōwa*-Problems wurden nacheinander neue *yūwa*-Gruppen wie die Weg-Vereinigung der Präfektur Kochi (*kōchi ken kōdō kai*) im Oktober 1933, die Harmonievereinigung der Präfektur Okayama (*okayama ken kyōwa kai*) im August 1937 und der Resonanzverband der Präfektur Hiroshima (*hiroshima ken kyōmei kai*) im März 1938 gegründet. Im September 1935 wurde die Vereinigung der gegenseitigen Liebe (*dōai kai*) unter dem Vorsitz von Yoriyasu Arima als landesweite Organisation gegründet, und die *kaizen*- und *yūwa*-Bewegung privater Organisationen dehnte sich zu diesem Zeitpunkt endlich landesweit aus. Auch die Leitphilosophie und die Richtlinien der Bewegungen änderten sich unter dem Einfluss der Arbeiterbewegung, dem Aufstieg des Sozialismus und den internationalen Trends der Selbstbestimmung des Volkes und der Rassengleichheit erheblich. Mit anderen Worten: Der traditionelle reformistische Ansatz, bei dem die Verbesserung der *buraku* im Vordergrund stand, wurde durch einen versöhnlerischen Ansatz (*yūwa shugi*) ersetzt, bei dem die Beseitigung der Diskriminierung im Vordergrund stand.

Als Reaktion auf diese Versöhnungsbewegung wurde am 3. März 1922 in der Okazaki Stadthalle in Kyoto die Gründungsversammlung der Nationalen Levellers-Gesellschaft abgehalten. Inmitten der tragischen Emotionen und der ungewöhnlichen Aufregung, die die Halle erfüllte, wurde eine Erklärung zur Gründung der Nationalen Levellers-Gesellschaft verkündet, die man als Deklaration der Menschenrechte bezeichnen könnte, und die folgende Charta, die die allgemeinen Richtlinien der Bewegung definiert, wurde einstimmig angenommen.

- Wir, die *tokushu burakumin*, werden durch unser eigenes Handeln nach absoluter Befreiung streben.
- Wir, die *tokushu burakumin*, sind entschlossen, unsere Forderungen nach völliger Freiheit bei der Ausübung wirtschaftlicher Tätigkeiten und bei der Wahl unserer Berufe durchzusetzen
- Wir werden zu den Grundlagen der menschlichen Natur erwachen und der höchsten menschlichen Vollkommenheit entgegengehen.

Die Nationale Levellers-Gesellschaft wurde als freiwillige Organisation gegründet, die eher eine vollständige Emanzipation als eine auf Reformismus ausgerichtete *buraku*-Verbesserung anstrebte und eher für die Beseitigung von Diskriminierung als für einen kooperativen Versöhnungsprinzip (*yūwa*-ismus) kämpfte. Dies ist ein Charakter, der sich grundlegend von dem der *yūwa*-Gruppen unterscheidet. Die Bewegung der Nationalen Levellers-Gesellschaft verbreitete sich im ganzen Land wie ein Lauffeuer, und es lässt sich nicht leugnen, dass in der Anfangsphase der Bewegung in einem Aspekt antisoziale Phänomene auftraten, da die Resolution der Versammlung, "Wenn wir durch Worte oder Taten der unliebsamen oder *tokushu buraku* beleidigt werden, werden wir dies gründlich anprangern", in die Praxis umgesetzt wurde. Es muss jedoch gesagt werden, dass die Bewegung der Levellers-Gesellschaft auch in anderer Hinsicht eine wichtige Rolle gespielt hat, z. B. bei der Sensibilisierung für die grundlegenden Menschenrechte der Bewohner der *dōwa*-Gebiete und der allgemeinen gesellschaftlichen Anerkennung der Unvernunft der Diskriminierung der *buraku*.

Im Jahr nach der Gründung der Levellers-Gesellschaft wurde das nationale Budget für lokale Verbesserungen auf 491.000 Yen erhöht, mehr als doppelt so viel wie im Vorjahr. Im August 1937 erließ die Regierung eine Verordnung des Innenministers, in der sie die Notwendigkeit betonte, diskriminierende Vorurteile abzubauen, und förderte und unterstützte aktiv die *yūwa*-Bewegung, und in allen betroffenen Präfekturen des Landes wurden *yūwa*-Gruppen organisiert. Darüber hinaus wurde die Zentrale Vereinigung für Versöhnungsprojekte (*Chū'ō Yūwa Jigyō Kai*), ein landesweiter Zusammenschluss privater Versöhnungsgruppen, mit Kiichiro Hiranuma als Vorsitzendem gegründet, und als dem Innenministerium angeschlossene Organisation war sie bereit, sich mit der Bewegung der Levellers zu befassen.

Zur Bewältigung der landwirtschaftlichen Depression, die das ländliche Japan in den 1930er und 1931er Jahren heimsuchte, ergriff die Regierung Maßnahmen zur Verbesserung der Situation, und als dringende *dōwa*-Maßnahme wurde ein Projekt zur Unterstützung armer Bauern in den Bezirken durchgeführt. Dies führte dazu, dass sich die Bewegung von einer traditionellen ideologischen *yūwa*-Bewegung zu einer Bewegung entwickelte, die sich auf wirtschaftliche Maßnahmen zur Wiederherstellung des Bewusstseins konzentrierte. Im Jahr 1935 wurden die "Prinzipien für die umfassende Entwicklung des *yūwa*-Programms" beschlossen, und auf dieser Grundlage wurde ab 1936 der "Zehnjahresplan für die Vollendung des *yūwa*-Programms" ausgearbeitet. Die wirtschaftlichen Rehabilitationsmaßnahmen konzentrierten sich auf die Ausbildung der Mittelschicht und die

Bewusstseinsrehabilitationsbewegung, während die Bildungs- und Kulturmaßnahmen den Schwerpunkt auf die Förderung der *dōwa*-Erziehung sowie auf Sensibilisierungs- und Bildungsaktivitäten legten. Dieser Plan war insofern von epochaler Bedeutung, als dieser den bis dahin unsystematischen *dōwa*-Maßnahmen einen umfassenden, einheitlichen und geplanten Ansatz verlieh. Die Regierung ergriff jedoch keine haushaltspolitischen Maßnahmen, um den Plan in seiner Gesamtheit zu verabschieden, so dass der Plan nur halbherzig umgesetzt wurde, und mit dem Ausbruch des Pazifikkrieges wurden die Maßnahmen der Kriegspolitik geopfert und im Schatten der damaligen schwierigen Situation begraben. Gleichzeitig entwickelte die von der Zentralen Vereinigung für Versöhnungsprojekte angeführte *yūwa*-Bewegung allmählich nationalistische und militaristische Tendenzen und wurde Teil der nationalen Mobilisierungsbewegung zur Erreichung der Kriegsziele, wodurch sie ihren ursprünglichen Zweck und ihre Rolle verlor.

3 Gegenwärtige *dōwa*-Maßnahmen und Evaluation

Nach der Niederlage Japans im Pazifikkrieg verbot die Besatzungspolitik der Alliierten spezielle Verwaltungsmaßnahmen für die *dōwa*-Gebiete, so dass die *dōwa*-Maßnahmen seitens der Regierung ausgesetzt wurden und die Verwaltung stagnieren musste. Unter den durch den Krieg zerstörten sozioökonomischen Bedingungen wurde das Leben der generellen Menschen in extreme Armut gestürzt, und es versteht sich von selbst, dass die Einwohner der *dōwa*-Gebiete besonders verarmt waren. Darüber hinaus hielt die Diskriminierung gegen die *buraku* unvermindert an, und in verschiedenen Teilen des Landes kam es immer wieder zu Problemen aufgrund von Diskriminierungsvorfällen. Mit anderen Worten: Trotz der so genannten demokratischen Reformen in der Nachkriegszeit blieb das *dōwa*-Problem ungelöst.

Unter diesen Umständen wurde im Februar 1947 das *Nationale Komitee zur Befreiung der Buraku* (*Buraku Kaihō Zenkoku Inkai*) (später umbenannt in *Buraku-Befreiungsliga* (*Buraku Kaihō Dōmei*)) gegründet und die freiwillige Befreiungsbewegung neu organisiert.

Die *buraku*-Befreiungsbewegung der Nachkriegszeit knüpfte an die Tradition der Levellers-Bewegung an und entwickelte sich auf der Grundlage ihrer Erfahrungen und Theorien weiter, doch ihr besonderes Merkmal war die Ausweitung ihrer Organisation auf der Grundlage der so genannten "administrativen Kämpfe" (*gyōsei tōsō*) in den *dōwa*-Gebieten. Mit anderen Worten, sie vertiefte ihr Bewusstsein für die *buraku*-Diskriminierung, ging von der Anprangerung der psychologischen Diskriminierung, die die Levellers-Gesellschaft zuvor betrieben hatte, aus, betonte die Existenz der tatsächlichen Diskriminierung und entwickelte

einen landesweiten Massenkampf, um von den lokalen Behörden und der Regierung administrative Maßnahmen zur Befreiung der *buraku* zu fordern, mit der Begründung, dass die Stagnation der Verwaltung daran schuld sei. Ein bemerkenswertes Beispiel dafür ist die aktive Beteiligung der *Buraku*-Befreiungsliga am Kampf gegen die Dienstüberprüfungen von Lehrern im Jahr 1958, die großen Auswirkungen auf die Einwohner der *dōwa*-Gebiete hatte. Bemerkenswert ist auch, dass die *Buraku*-Befreiungsliga in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und innovativen politischen Parteien im Kampf für die Stabilität des Lebens und die Verteidigung der Rechte sowie im Kampf für den Frieden aktiv wurde.

Andererseits wurde im November 1951 der Nationale Rat für *Dōwa*-Maßnahmen (*Zen Nihon Dōwa Taisaku Kyōgikai*) ins Leben gerufen, dem hauptsächlich Beamte der lokalen Behörden in Kinki, Chūgoku, Shikoku, Kyushu und anderen Regionen angehörten, die sich mit *dōwa*-Maßnahmen befassten. In den ersten Jahren arbeitete der Nationale Rat für *Dōwa*-Maßnahmen mit der *Buraku*-Befreiungsliga bei einer Kampagne zusammen, in der die Regierung aufgefordert wurde, *dōwa*-Maßnahmen aktiv umzusetzen. Die beiden Organisationen, die unterschiedliche Leitprinzipien vertraten, waren sich jedoch nicht einig und trennten sich schließlich. Später, im Mai 1960, wurde die Nationale Assimilierungsvereinigung (*Zen Nihon Dōwa Kai*) gegründet, in deren Mittelpunkt die Bewohner der *dōwa*-Gebiete standen und die eine landesweite Bewegung ins Leben rufen sollte. Diese beiden Organisationen können als Fortsetzung und Weiterentwicklung der *buraku*-Verbesserung und *yūwa*-Bewegung in der Vorkriegszeit betrachtet werden. Von ihren jeweiligen Standpunkten aus forderten diese privaten Organisationen nachdrücklich die Wiederaufnahme der ausgesetzten *dōwa*-Maßnahmen und drängten die Regierung und den Landtag, umfassende *dōwa*-Maßnahmen als nationale Politik zu etablieren und umgehend eine grundlegende Lösung des *dōwa*-Problems zu realisieren.

Nach Inkrafttreten des Friedensvertrags wurden die Vorkriegsmaßnahmen zur Verbesserung der Umwelt schrittweise wieder aufgenommen in der Weise, dass im Geschäftsjahr 1953 erstmals nach dem Krieg Zuschüsse für die Einrichtung von Gemeinschaftszentren in den *dōwa*-Gebieten in den Staatshaushalt aufgenommen, und das Budget für Umweltverbesserungsprojekte wurde ab dem Geschäftsjahr 1956 für kommunale Badehäuser und ab dem Geschäftsjahr 1959 für kommunale Werkstätten und Abwasserkanäle erhöht. Es handelte sich jedoch nur um ein beschränkte Verbesserungsprojekte, und es wurden zunehmend Forderungen nach umfassenden Maßnahmen zur grundlegenden Lösung des *dōwa*-Problems laut. Im Jahr 1958 richtete die Regierung den Kabinettsrat für das *dōwa*-Problem ein und beschloss *dōwa*-Maßnahmen in die Verwaltungspolitik der betroffenen Ministerien

einzu beziehen. Die Liberaldemokratische Partei und die Sozialistische Partei Japans setzten ebenfalls Sonderausschüsse ein, um *dōwa*-Maßnahmen zu prüfen, und nach einem Beschluss des politischen Rates gab jede Partei einen Entwurf ihrer eigenen *dōwa*-Maßnahmen heraus. Im privaten Sektor führte die *Buraku*-Befreiungsliga 1960 eine landesweite „Bewegung für die Petition zur Durchsetzung und Forderung der Emanzipation der *buraku*“ an, und die Nationale *Dōwa*-Vereinigung und der Nationale Rat für *Dōwa*-Maßnahmen setzten sich für eine Kampagne ein, die die Einführung einer nationalen Politik forderte. In der 35. außerordentlichen Sitzung des Parlaments im Jahr 1960 brachten die Liberaldemokratische Partei, die Sozialistische Partei Japans und die Demokratisch-Sozialistische Partei Japans, die unter dem Gesichtspunkt der Achtung der Menschenrechte parteiübergreifend zusammenarbeiteten, gemeinsam einen Gesetzentwurf zur Einrichtung des Beratungsausschusses für *Dōwa*-Maßnahmen ein, der vom Parlament einstimmig angenommen wurde.

Die bisherigen *dōwa*-Maßnahmen der Regierung bestanden hauptsächlich aus Verwaltungsmaßnahmen, die in die Zuständigkeit des Ministeriums für Gesundheit und Wohlfahrt sowie des Ministeriums für Bildung und Bauwesen fielen, doch seit der Einsetzung des Kabinettsrats für das *dōwa*-Problem wurden Fortschritte bei der Umsetzung umfassender Maßnahmen auf der Grundlage der Einrichtung von Modellgebieten erzielt, und verschiedene Maßnahmen, die in die Zuständigkeit des Arbeitsministeriums, des Ministeriums für Land- und Forstwirtschaft, des Ministeriums für internationalen Handel und Industrie, des Innenministeriums, des Justizministeriums usw. fielen, wurden neu aufgenommen und die Haushaltsmittel der Regierung für *dōwa*-Maßnahmen wurden auch Jahr für Jahr aufgestockt. Mit der Entwicklung dieser staatlichen Maßnahmen arbeiteten die lokalen Behörden mit einer großen Anzahl von *dōwa*-Gebieten in ihren Verwaltungsgebieten nicht nur bei der Umsetzung der staatlichen Verwaltungsmaßnahmen mit, sondern wurden auch aktiver bei der Umsetzung ihrer eigenen *dōwa*-Maßnahmen, die sie aus eigener Initiative und auf eigene finanzielle Kosten durchgeführt hatten.

Vergleicht man die Maßnahmen der Nachkriegszeit mit denen der Vorkriegszeit, so wird deutlich, dass sie einen Schritt nach vorne darstellten. Dies muss gebührend gewürdigt werden.

In Anbetracht die oben erwähnte Übersicht über den Prozess der *dōwa*-Maßnahmen hat der Rat die von der Regierung bisher durchgeführten Verwaltungsmaßnahmen wie folgt bewertet.

- A. Vom Ende der Meiji-Ära bis zum Beginn der Taishō-Ära handelte es sich bei den *dōwa*-Maßnahmen der Regierung um Verwaltungsmaßnahmen, die unter dem Gesichtspunkt der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und der Hilfe für Bedürftige durchgeführt wurden, und es lässt sich nicht leugnen, dass ihr Grundcharakter wohlütig und sympathisch waren. Darüber hinaus wurden die Maßnahmen zur Verbesserung der *buraku*, die zunächst als Teil der lokalen Verbesserungsverwaltung durchgeführt wurden, nicht als eine auf Freiwilligkeit (*jihatsu teki seishin*) und unabhängigem Handeln (*jishu teki kōdō*) der Bewohner der *dōwa*-Gebiete basierende Lebensverbesserungsbewegung gefördert und entwickelt, sondern beschränkten sich auf die Korrektur von Sitten und Gebräuchen durch konzeptionelle und formale Anleitung und Ermutigung.
- B. Die in der Mitte der Taishō-Ära landesweit entstandene freiwillige Verbesserungsbewegung war Ausdruck des Bewusstseins der Einwohner der *dōwa*-Gebiete, aber die Regierung reagierte nicht aktiv mit Verbesserungsmaßnahmen, sondern führte nur wohlwollend Verbesserungsprojekte mit einem begrenzten Budget durch.
- C. Die Reisunruhen und das Aufkommen der Levellers-Gesellschaft Bewegung waren die Auslöser dafür, dass die Regierung die Bedeutung des *dōwa*-Problems erkannte. Darüber hinaus wurden die *dōwa*-Maßnahmen der Regierung von der Meiji-Ära bis heute immer wieder durch die Volksbewegungen der Einwohner der *dōwa*-Gebiete angeregt, die auf ernsthaften Forderungen und Ängsten beruhten, und wurden oft als Beschwichtigungsmaßnahme als Reaktion auf diese Bewegungen durchgeführt.
- D. Es ist unbestreitbar, dass die spezifischen Verwaltungsmaßnahmen, die von der Regierung in der Vergangenheit als *dōwa*-Maßnahmen ergriffen wurden, übereilt waren und dass es ihnen an einer auf langfristige Ziele ausgerichteten Planung fehlte, um unmittelbar auf die komplexen und vielfältigen Aspekte des *dōwa*-Problems zu reagieren. Diese Defizite bei den Verwaltungsmaßnahmen waren nicht nur auf die negativen Auswirkungen der so genannten vertikal stark aufgesplitterten Verwaltung (*tatewari gyōsei*) zurückzuführen, sondern auch auf die Einstellung der Regierung zur grundlegenden Lösung des *dōwa*-Problems selbst.

- E. Schon zum jetzigen Zeitpunkt hat man das Gefühl, dass die *dōwa*-Maßnahmen im Vergleich zur allgemeinen Verwaltung als komplexes und schwieriges Problem behandelt werden, aber wenn sie nicht richtig positioniert sind, besteht die Gefahr, dass sie zu einer diskriminierenden und spezialisierten Verwaltung werden. Daher ist es notwendig, die *dōwa*-Maßnahmen in den grundlegenden Politiken des Staates, die von der Regierung umgesetzt werden, klar zu positionieren und ein System zu entwickeln und einzurichten, in dem alle Organe der Verwaltungsstruktur direkt und indirekt funktionieren können, um eine drastische Lösung des *dōwa*-Problems zu fördern.
- F. Ein weiteres großes Defizit ist die Tatsache, dass es keine organisierten Maßnahmen für den Zusammenschluss von Staat und Kommunen gibt, so dass die Maßnahmen für den Zusammenschluss in einem einzigen System zusammengefasst werden, die Verwaltungsmaßnahmen nach den jeweiligen Regierungsbezirken, Präfekturen und Gemeinden aufgeteilt werden und der Staat ausreichend darauf achtet, die finanzielle Belastung der Kommunen zu verringern. Infolgedessen gibt es große Unterschiede in der Haltung der lokalen Behörden, von denen einige aktiv *dōwa*-Maßnahmen ergreifen, um das Problem anzugehen, während andere sie kaum umsetzen, und die Situation ist landesweit äußerst unausgewogen.
- G. Die Ausgaben für Maßnahmen zur Lösung des *dōwa*-Problems im Staatshaushalt sind von Jahr zu Jahr gestiegen. Die Höhe der Ausgaben, die für eine grundlegende Lösung des *dōwa*-Problems erforderlich sind, war jedoch äußerst gering. Wenn die Regierung wirklich eine grundlegende Lösung des *dōwa*-Problems anstrebt, muss sie in erster Linie die Bedeutung und den Wert der staatlichen Ausgaben für *dōwa*-Maßnahmen für die soziale Entwicklung anerkennen und sie drastisch erhöhen.
- H. Ausgehend von der obigen Einschätzung muss die auf eine grundlegende Lösung des *dōwa*-Problems abzielende Richtung der Verwaltung darin bestehen, einen engen Einklang mit den auf dem spontanen Willen der Einwohner der Gebiete beruhenden freiwilligen Bewegungen zu wahren und aktiv eine Vielzahl von Maßnahmen mit einer umfassenden Planung durchzuführen, die den Besonderheiten der Gebiete gerecht wird.

Teil 3 Konkrete Vorschläge zu *dōwa*-Maßnahmen

Die bisher ergriffenen *dōwa*-Maßnahmen beruhen sich auf dem Edikt des großen Staatsrats aus der Zeit der Meiji-Restauration, der auf seine eigene Weise eine Bedeutung hatte, die man nicht ignorieren kann. Die gegenwärtigen *dōwa*-Maßnahmen basieren jedoch auf der japanischen Verfassung und haben eine aktivere Bedeutung.

In dieser Hinsicht ist die *dōwa*-Administration im Grunde eine Verwaltung, die natürlich unter der Verantwortung des Staates durchgeführt werden sollte, und ist weder eine vorübergehende Sonderverwaltung noch eine externe Verwaltung. Solange die *buraku*-Diskriminierung besteht, muss diese Administration aktiv gefördert werden.

Daher müssen die *dōwa*-Maßnahmen umfassend sein, die die Verbesserung des Lebensumfelds, den Ausbau der sozialen Wohlfahrt, die industrielle und berufliche Stabilität, die Förderung von Bildung und Kultur sowie den Schutz der grundlegenden Menschenrechte umfassen.

Die oben genannten Maßnahmen müssen in ihren jeweiligen Bereichen stark gefördert werden, gleichzeitig müssen sie einheitlich als umfassende Maßnahmen aufgefasst und organisch und systematisch umgesetzt werden.

In diesem Zusammenhang sind die folgenden Punkte besonders zu beachten.

- A. Es ist notwendig, den Lebensstandard in den *dōwa*-Gebiete in sozialer, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht zu verbessern und die Disparitäten mit den generellen Bezirken zu beseitigen. Zu diesem Zweck müssen verschiedene Maßnahmen wie die Verbesserung des Lebensumfelds, der Ausbau der sozialen Wohlfahrt, die industrielle und berufliche Stabilität sowie die Förderung von Bildung und Kultur aktiv und konsequent umgesetzt werden. In diesem Fall ist es dringend geboten, das Bewusstsein der Einwohner der Gebiete anzuregen und ihr Selbstvertrauen zu stärken.
- B. Es ist notwendig, diskriminierende Vorurteile gegenüber dem Einwohner der Gebiete zu beseitigen. Zu diesem Zweck sollte in den *dōwa*-Gebieten eine gründliche *dōwa*-Bildung durch Sozialpädagogik erfolgen, und es sollten rege Aktivitäten zum Schutz der Menschenrechte entwickelt werden. In diesem Fall ist es unmöglich zu sagen, dass die *buraku*-Diskriminierung nicht mit alten Bräuchen und Aberglauben in Relation steht. Daher ist es äußerst wichtig, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um den irrationalen und rückständigen Aufbau der lokalen Gemeinschaften, die solche schlechten Bräuche bewahren, zu verbessern und zu modernisieren.

- C. Es ist notwendig, das *dōwa*-Problem in den Kontext der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung zu stellen und sie im Rahmen der zukunftsorientierten politischen Haltung Japans zu lösen. So müssen beispielsweise Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensbedingungen und der Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt, die seit vielen Jahren ungelöst sind, im Rahmen dieser gegenwärtigen, nach vorne gerichteter Einstellung aktiv gefördert werden.

Maßnahmen für die Verbesserung der Umgebung

(1) Grundlegender Plan

Die Maßnahmen zur Verbesserung der Umgebung als *dōwa*-Maßnahme zielen darauf ab, das Lebensumfeld zu verbessern, die die Grundlage für ein gesundes und kulturelles Leben bildet, und diskriminierende Vorurteile gegenüber den Gebieten abzubauen. Mit anderen Worten: Die Verbesserung der armen Umgebung, die das Bewusstsein herbeiführt, dass die Menschen an einem anderen Ort leben, ist die Grundlage für verschiedene Maßnahmen wie die Verbesserung des sozialen Wohlergehens, den Aufbau des Wirtschaftslebens und die Anhebung des Bildungsniveaus und ist von besonderer Bedeutung.

Um die Umsetzung dieser Maßnahmen voranzutreiben, ist es daher notwendig, proaktiv und mit einer nach vorne gewandten Einstellung zu arbeiten, ohne sich durch die derzeitigen Systeme und Maßnahmen einschränken zu lassen, und vor allem müssen sie systematisch als wichtiges Thema der sozialen Entwicklung gefördert werden.

A) Verbesserungen der Standortbedingungen.

Der Grund für die schlechten Lebensbedingungen in den *buraku* liegt darin, dass viele von ihnen durch starke Winde und sintflutartige Regenfälle unmittelbar beschädigt werden, z. B. in Flussbetten, unter Dämmen, auf Klippen, in Tälern, in niedrigen Sumpfgebieten und an Stränden, und mitunter sind viele kein bewohnbarer Ort für Menschen. Mit anderen Worten, die Notwendigkeit, die tatsächliche Situation in solchen bewohnten Gebieten zu untersuchen und Maßnahmen zu ergreifen, um sie drastisch zu verbessern, wurde anerkannt.

B) Verbesserung der Umgebung der *dōwa*-Gebiete

Die Verbesserung der Umgebung als *dōwa*-Maßnahme muss das Ziel haben, die derzeitige Situation in den Gebieten grundlegend zu verbessern. Es wird anerkannt, dass eine Neuordnung der Gebiete notwendig ist. Selbst wenn Verbesserungen im Rahmen des derzeitigen Systems durchgeführt werden, wie z.B. Projekte zur Verbesserung von Wohngebieten und Projekte der Grundstücksplanung, müssen sie unter besonderen Standards oder mit besonderen Methoden durchgeführt werden.

C) Verbesserungen in kleinen *buraku*

Die Verbesserung der Umgebung der Gebiete, insbesondere die Bauern-, Berg- und Fischerdörfer mit einer geringen Anzahl von Haushalten, erfordert besondere Aufmerksamkeit. Da es diesen Gebieten nicht nur an geographischen, sondern auch an wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen mangelt, sind sie, während die Agrarpolitik angeblich eine Wende vollzogen hat, zurückgelassen worden. Das zeigt sich daran, dass die Gebiete wirtschaftlich ins Stocken geraten sind und die jungen Menschen in die Städte abwandern. In diesem Sinne brauchen diese Gebiete angemessene Verbesserungen für die Umgebung, die der Abwanderung und Umsiedlung der Bewohner in Erwägung ziehen.

D) Umfassende Maßnahmen zur Verbesserung der Umgebung

Maßnahmen zur Verbesserung der Umgebung müssen in Verbindung mit verschiedenen anderen Maßnahmen durchgeführt werden, wie z. B. der Ausbau der sozialen Wohlfahrt, der Errichtung der wirtschaftlichen Lebenshaltung und der Verbesserung des Bildungsniveaus. Neben den grundlegenden Einrichtungen wie Wohnungen, Straßen, Wasserversorgung und Abwasserkanäle müssen auch soziale Einrichtungen wie Gemeinschaftshäuser, Kindergärten, Kliniken, Versammlungsräume, kommunale Badehäuser, kommunale Werkstätten und Kinderspielplätze entsprechend den tatsächlichen Gegebenheiten in den einzelnen Gebieten geschaffen werden.

E) Verbesserungen der Umgebung und die Verantwortung des Staates

Maßnahmen zur Verbesserung der Umgebung müssen aufgrund ihres historischen und sozialen Charakters grundsätzlich in der Verantwortung des Staates durchgeführt werden. Viele der Maßnahmen im Rahmen des derzeitigen Systems scheitern an den finanziellen Schwierigkeiten der lokalen öffentlichen Körperschaften, wie Präfekturen

und Kommunen. Grundsätzlich müssen Maßnahmen zur Erreichung des Ziels der Gebietsumordnung, wie z.B. die Sicherung von Grundstücken und besondere Maßnahmen zur Landerschließung, in der Verantwortung des Staates durchgeführt werden.

(2) Konkrete Maßnahmen

A) Maßnahmen zur Instandsetzung der Gebiete

Um die Umgebung in städtischen und ländlichen Gebieten drastisch zu verbessern, sollte ein System zur Instandsetzung der Gebiete eingeführt werden, das die Ausarbeitung eines umfassenden Basisplans für den Bau, die Renovierung und die Verlegung von Wohnungen, die Einrichtung von Straßen, Wasser- und Abwassersystemen und den Bau von Einrichtungen wie Versammlungszentren, Kindertagesstätten und Gemeinschaftshäusern umfasst. In solchen Fällen, was den katastrophengefährdeten Regionen und anderen Gebieten mit schlechten Standortbedingungen betrifft, soll ein System eingerichtet werden, das falls erforderlich, die Umsiedlung von *buraku* ermöglicht und sich der Versorgung von Einrichtungen zum Katastrophenschutz widmet.

B) Maßnahmen zu Wohnungen

- (a) Aktiver Bau von öffentlichen Wohnungen und verbessertem Wohnraum.
- (b) Ausbau langfristiger, zinsgünstiger Darlehensprogramme für Wohnraum oder Wohnbauland.
- (c) Ausbau langfristiger, zinsgünstiger Darlehensprogramme für die Renovierung von Wohnungen.
- (d) Erwägung von Programmen, die den besonderen Merkmalen des ländlichen Wohnungsbaus in Erwägung ziehen.

C) Instandhaltung des Lebensumfelds

(a) Maßnahmen für lokale Verbesserungsprojekte

Lokale Verbesserungsprojekte sollen weiter ausgebaut und gestärkt werden, damit Verbesserungsprojekte für das Umfeld entsprechend den tatsächlichen Gegebenheiten in den Zielgebieten (*taishō chiku*) gefördert werden können. Insbesondere sollen der

Bau und Ausbau von Straßen, Kanalisationsanlagen, Brückenanlagen usw., der Bau und Ausbau von kommunalen Einrichtungen wie Nachbarschaftshäusern (*rinpokan*), Badehäusern, Werkstätten usw. sowie verschiedene andere Einrichtungen wie kommunale Brunnen, Koch- und Waschanlagen, Latrinen, verlegte Friedhöfe, Krypten, Krematorien, Müllverbrennungsanlagen, Lagerbehälter für menschliche Abfälle usw. verbessert und ausgebaut werden.

(b) Förderung der Wasserversorgung

Die Wasserversorgung ist sowohl in städtischen Gebieten als auch in Gebieten in kleineren und mittelgroßen Städten sowie im Land von extrem schlechter Qualität. Generell ist die Wasserversorgung oft kommunal oder durch Brunnen gesichert. Unabhängig davon, ob es sich um städtische oder ländliche Gebiete handelt, sollte daher der Schwerpunkt auf Gebiete mit äußerst geringer Versorgung gelegt werden, um die Wasserversorgung und einfache Wassersysteme zu installieren und zu fördern. Insbesondere in ländlichen Gebieten mit ungünstigen Standortbedingungen, wie z. B. in Hang- und Berggebieten, sollten die Wasserressourcen gesichert und die Wasserversorgungskapazität verbessert werden.

(c) Abwasser-, Exkrementen- und Schmutzentsorgung

In städtischen und ländlichen Gebieten sollten dringend Maßnahmen ergriffen werden, um das Problem der mangelnden Abwasser-, Exkrementen- und Abfallentsorgung durch öffentliche Einrichtungen sowie den Mangel an öffentlichen Umwelthygieneeinrichtungen zu beheben.

(d) Maßnahmen zur Umweltverschmutzung

Die Einrichtungen der Kleinst- und Handwerksbetriebe der *buraku*-Industrie, die oft in städtischen oder vorstädtischen ländlichen Gebieten konzentriert sind, sind selten voll entwickelt. Vor allem unhygienische Lebensbedingungen wie die Verschmutzung von Flüssen und Abwässern, Lärm und schlechte Gerüche stören das Lebensumfeld in den dicht besiedelten *buraku* und können die Gesundheit beeinträchtigen. Zusammen mit der Konzentration von Kleinstindustrien in den Gebieten werden diese Verschmutzungsprobleme ebenfalls beobachtet. Als Reaktion darauf sollte die Untersuchung der Verschmutzungsprobleme im Bezirk gefördert werden, und es

sollten unter dem Gesichtspunkt der Gesundheit und des Wohlergehens aktiv Zuschüsse gewährt werden, um die Kontrolle dieser Probleme zu ermöglichen.

(e) Parks, Grünflächen, Kinderspielplätze usw.

Da Parks, Grünflächen, Kinderspielplätze und andere Einrichtungen in den *buraku* unzureichend vorhanden sind, sollten diese Einrichtungen proaktiv hergerichtet werden.

2 Maßnahmen für die soziale Wohlfahrt

(1) Grundlegender Plan

Die Gebiete befinden sich in einem Zustand der "Armut inmitten von Diskriminierung". Die Realität der Gebiete, die die Vulgarität der primitiven Gesellschaft und das Elend der zivilisierten Gesellschaft in sich vereint, ist nichts weniger als ein konzentrierter Ausdruck der strukturellen Mängel der japanischen Gesellschaft, und der Teufelskreis der Diskriminierung wird durch die schlechten Lebensbedingungen immer wieder gefördert. So liegt nicht nur die Quote der Sozialhilfeempfänger weit über dem allgemeinen Durchschnitt, sondern es gibt auch eine deutliche Konzentration sozialer Pathologien wie Krankheit, Kriminalität und Jugendkriminalität in den Gebieten. Daher sollte das Problem der Sozialfürsorge in den Gebieten nicht nur als generelle Sozialfürsorge betrachtet werden, sondern als ein Sozialfürsorgeproblem mit dem Thema des *dōwa*-Problems, bei dem Diskriminierung und Armut eng miteinander verknüpft sind, und die Ziele und die Richtung der Gegenmaßnahmen sollten sein,

(a) Oberstes Ziel muss es sein, eine grundlegende Lösung für das *dōwa*-Problem zu finden, indem die Artikel der Verfassung (Artikel 14 und 25) in der realen Gesellschaft verankert werden und die grundlegenden Menschenrechte der Einwohner der festgelegten Gebiete (*taishō chiku*) vollständig garantiert werden.

(b) Das unmittelbare Ziel ist die Schaffung eines Sozialversicherungssystems im internationalen Standard durch Verbesserung, Erweiterung und Entwicklung des bestehenden Sozialversicherungssystems. In der Zwischenzeit sollte zumindest der Bericht

des Rates für das System der sozialen Sicherheit (*Shakai Hoshō Seido Shingikai*) so schnell wie möglich in vollem Umfang umgesetzt werden.

- (c) In Anbetracht des besonderen Charakters des *dōwa*-Problems, die die verschiedenen individuellen und gruppenspezifischen Probleme der Einwohner der festgelegten Gebiete zum Gegenstand der Sozialfürsorge macht, die Sozialfürsorge für das *dōwa*-Problem in Beziehung zur allgemeinen Sozialfürsorge setzen und aktiv wirksame Maßnahmen durchführen.
- (d) Den modernen Geist der Einwohner der festgelegten Gebiete zu fördern und zu ermutigen, ihr Bewusstsein für die Menschenrechte und die nationale Selbsterkenntnis zu wecken und sie zu motivieren, ihre eigene Selbstständigkeit zu verbessern.

(2) Konkrete Maßnahmen

- (a) Es sollten Maßnahmen ergriffen werden, um das Bewusstsein und das Verständnis für das *dōwa*-Problem unter den öffentlichen Institutionen und Einrichtungen und den privaten Organisationen, die mit der sozialen Wohlfahrt zu tun haben, zu verbreiten.
- (b) Der Staat führt über öffentliche Einrichtungen Untersuchungen über die soziale Wohlfahrt in den festgelegten Gebieten durch, erstellt auf der Grundlage der Erhebungsdaten einen Plan für das soziale Wohlergehen und führt die erforderlichen Maßnahmen umfassend und systematisch durch, um die Ziele zu erreichen.
- (c) Bemühung um die Ausbildung und den Einsatz von Fachkräften zur Förderung der Sozialarbeit in den festgelegten Gebieten. Zu diesem Zweck sollte eine enge Zusammenarbeit mit Bildungseinrichtungen wie z.B. Universitäten im Bereich der sozialen Wohlfahrt aufgebaut werden, und es sollten geeignete Maßnahmen ergriffen werden, wie z.B. die Beauftragung mit der Ausbildung von Fachkräften.
- (d) Einrichtung von Beratungsgremien und Aktivitätsorganisationen, zu denen Sozialämter, Gesundheitszentren, Kinderberatungsstellen, Nachbarschaftshäuser, Gemeindezentren und andere in Relation stehende Institutionen und Einrichtungen sowie Sozialräte,

Ratsversammlungen der Bewegungen für ein neues Leben (Shin Seikatsu Undō Kyōgikai), Schulen und Gemeindegruppen gehören, um die soziale Wohlfahrt in den festgelegten Gebieten aktiv zu fördern.

- (e) Ausbau bestehender Nachbarschaftshäuser, Gemeindezentren und Versammlungshallen unter umfassenden Gesichtspunkten und in Gebieten, in denen es keine solchen Einrichtungen gibt, Schaffung neuer sozialer Einrichtungen mit umfassenden Funktionen, ähnlich den Gemeindezentren in westlichen Ländern, und Einsatz von Fachpersonal mit Führungsqualitäten.
- (f) Anhebung des Standardbetrags der öffentlichen Unterstützung. Darüber hinaus sollte die Belastung der Versicherten der verschiedenen Sozialversicherungssysteme verringert und der Inhalt der Versicherungsleistungen verbessert werden. Außerdem sollten geeignete Maßnahmen ergriffen werden, um die Zahl der nicht versicherten Personen zu verringern.
- (g) Aktive Durchsetzung der erforderlichen Maßnahmen, wie z.B. die Förderung der Verbesserung und Ausbau von Systemen zur weiteren Stärkung des Wohlergehens von Kindern, Behinderten und alten Menschen, usw.
- (h) Aktive Durchführung von Maßnahmen wie Behandlung, Vorbeugung und Gesundheitsfürsorge für schwerwiegende Krankheiten in den festgelegten Gebieten und Ergreifung aller möglichen Maßnahmen zur Förderung der Rehabilitation und Verbesserung der medizinischen Einrichtungen. Aktive Ausführung von Maßnahmen zur Förderung der öffentlichen Gesundheit, z. B. Prävention von Infektionskrankheiten, gründliche Verbreitung von Hygienevorstellungen, mobile Kliniken und Gruppenuntersuchungen.
- (i) Stärkung der Maßnahmen für geistig- und körperlich-behinderte Menschen in den festgelegten Gebieten und aktive Umsetzung der Früherkennung durch spezielle medizinische Untersuchungen für Säuglinge, regelmäßige medizinische Beratung und Rehabilitationsberatung für körperlich-behinderte Menschen.
- (j) In Anbetracht der Arbeitsbedingungen von Frauen in den festgelegten Gebieten ist die Einrichtung von Kinderkrippen für Säuglinge und Kleinkinder sowie von Kinderzentren

für eine gesunde Kindererziehung zu fördern. Darüber hinaus sollte eine angemessene Beratung über Familienplanung, Kinderbetreuung, Gesundheit von Mutter und Kind und Rationalisierung des Lebens durch öffentliche Institutionen und Einrichtungen wie verschiedene medizinische Institutionen und Gesundheitszentren gestärkt werden.

3 Maßnahmen für Industrie und Berufe

(1) Grundlegender Plan

Wenn man auf die Industrie und Berufe der *dōwa*-Gebiete bildet das unterste Ende der dualen Struktur (*nijū kōzō*) der japanischen Industriewirtschaft. Die *dōwa*-Gebiete als Bauern- und Fischerdörfer sind vormoderne Kleinunternehmen, die besonders hinter der nicht-modernen japanischen Landwirtschaft und Fischereiindustrie zurückbleiben, und die überwiegende Mehrheit der traditionellen Industrien wie Leder und Schuhe sind kleine und mittlere Unternehmen oder kleinere mit einer geringen Zahl von Beschäftigten. Diese Industrien in der *dōwa*-Region sind in der wirtschaftlichen Entwicklung Japans aufgrund historischer und sozialer Limitierungen als Schatten zurückgeblieben, und es ist nicht zu übersehen, dass dies auch das schnelle Wachstum der japanischen Wirtschaft erschwerte. Insbesondere ist darauf hinzuweisen, dass die Einwohner der *dōwa*-Gebiete von der modernen Industrie ausgeschlossen sind, weil ihnen aufgrund ungerechter Diskriminierung keine gleichen Chancen auf dem Arbeitsmarkt garantiert werden, und ein großer Teil der so genannten stagnierenden Überbevölkerung in den *dōwa*-Gebieten verbleibt.

Das Leben der Bewohner des Viertels ist daher stets prekär, und ihr wirtschaftlicher und kultureller Standard ist äußerst niedrig. Dies ist die Folge von Diskriminierung, aber gleichzeitig auch die Ursache für die Förderung und Reproduktion von Diskriminierung. Eine der zentralen Aufgaben der Politik zur grundlegenden Lösung des *dōwa*-Problems besteht daher darin, die Probleme in der Industrie und Berufen in den *dōwa*-Gebieten zu lösen und eine wirtschaftliche Grundlage zu schaffen, die die Verbesserung der wirtschaftlichen und kulturellen Standards der Einwohner der Gebiete gewährleistet.

In Anbetracht der oben- genannten Gesichtspunkten sollten die Grundrichtung und die Ziele der Maßnahmen zur Industrie und Berufen als *dōwa*-Maßnahmen wie folgt lauten.

- (a) In rückständigen Gebieten mit schwacher wirtschaftlicher Grundlage wie den *dōwa*-Gebieten ist es notwendig, die soziale und die wirtschaftliche Entwicklung miteinander zu verbinden oder voranzustellen. Mit anderen Worten: Mit dem Ziel, die nicht moderne

sozioökonomische Struktur der *dōwa*-Gebiete zu reformieren und eine moderne lokale Gemeinschaft aufzubauen, sollten verschiedene Maßnahmen zur Verbesserung des Lebens, der Kultur und des Wohlergehens der Einwohner der Gebiete in Verbindung mit dem Wirtschaftsentwicklungsplan aktiv umgesetzt werden, und die Gebiete sollten in Richtung des Ausbaus der wirtschaftlichen Entwicklung gestellt werden.

- (b) In den *dōwa*-Gebieten gibt es eine große Zahl stagnierender Überbevölkerung, und darüber hinaus ist im Zuge des raschen Wirtschaftswachstums mit einer großen Zahl von Arbeitslosen und Vertriebenen zu rechnen, die durch den Niedergang der Industrie in den Gebieten arbeitslos werden. Darüber hinaus ist das Problem noch schwerwiegender, da es aufgrund von Diskriminierung noch schwieriger ist, einen Arbeitsplatz zu finden. Es ist notwendig, die menschlichen Fähigkeiten der stagnierenden Überbevölkerung in diesen Gebieten zu entwickeln, um sie zu qualifizierten Arbeitskräften auszubilden und sie in die Lage zu versetzen, im modernen Industriesektor zu arbeiten. Dies sollte aktiv geschehen, wobei der Schwerpunkt auf jungen Arbeitnehmern liegt, die gerade ihren Schulabschluss gemacht haben.

- (c) Die wirtschaftliche Entwicklung der *dōwa*-Gebiete muss unter spezieller Berücksichtigung der besonderen Gegebenheiten der Gebiete als Teil der Politik zur Auflösung der sogenannten dualen Struktur der japanischen Wirtschaft durchgeführt werden. Mit anderen Worten, die tatsächlichen Bedingungen der Land- und Forstwirtschaft, der Fischerei, der verschiedenen Fertigungs-, Vertriebs- und Dienstleistungsindustrien in dem Gebiet sollten ermittelt werden, und es sollte eine Politik des Schutzes und der Entwicklung durch besondere Subventionen und Darlehen für diejenigen angenommen werden, die die Voraussetzungen oder das Potenzial haben, als moderne Unternehmen zu bestehen, um die japanische Industriewirtschaft zu unterstützen und zu entwickeln, und für die Kleinst- und Kleinunternehmen, die zu den untergehenden Industriesektoren gehören und das Schicksal eines frühen Niedergangs nicht vermeiden können, sollten verschiedene Maßnahmen ergriffen werden, wie z.B. die Erleichterung der Umstellung ihrer Tätigkeiten.

(2) Konkrete Maßnahmen

(A) Maßnahmen für Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei

- (a) Aktive Bereitstellung von Subventionen und Beratung für Einrichtungsprojekte wie Landverbesserung, Bodenverbesserung, Entwicklung und Schaffung von Ackerland, landwirtschaftlichen Wegen, Wasserversorgung, Entwässerung und anderen Einrichtungen sowie Landtausch und Aufteilung.
- (b) Aktive Bereitstellung von Subventionen und Beratung bei technischen Verbesserungen, die für die Einführung von Energie, Maschinen, Wissenschaft und Technologie sowie für die Entwicklung und den Ausbau von Werkstätten, Lagern und anderen gemeinsam genutzten Einrichtungen erforderlich sind.
- (c) Förderung und Führung der Umstellung auf eine diversifizierte Bewirtschaftung von Viehzucht, Seidenzucht, Milchwirtschaft, Obstbau, Gartenbau und landwirtschaftlicher Verarbeitung in den richtigen Gebieten und aktive Zuschussung der Kosten, die für die Entwicklung von Gemeinschaftseinrichtungen erforderlich sind, und Bereitstellung von zinsgünstigen, langfristigen Krediten usw. dafür sowie technische Anleitung für das Produktionsmanagement usw.
- (d) Aktive Bereitstellung von Hilfsmaßnahmen, wie Subventionen und langfristige zinsgünstige Darlehen, für die Rodung von staatlichen und öffentlichen kultivierbaren Wäldern, Feldern und Sümpfen, für die Landerschließung, die Landwirtschaft und den Wohnungsbau.
- (e) Die Diskriminierung in Bezug auf das Recht auf Zugang zu Gemeindeland wie Wäldern und Wiesen sowie auf Wasserrechte usw. sollte abgeschafft werden, und es sollten geeignete Verwaltungsmaßnahmen ergriffen werden, um die Nutzung, Bewirtschaftung und Demokratisierung dieses Gemeindelandes zu fördern.
- (f) Zur Erleichterung von Landwirten, die aus der Landwirtschaft aussteigen und sich beruflich verändern wollen, sollten aktive Maßnahmen ergriffen werden, um die notwendige Unterstützung zu gewähren, einschließlich der Bereitstellung von Mitteln für den Berufswechsel, Berufsberatung und -ausbildung sowie Arbeitsvermittlung, und es sollte auf die rasche Einführung eines Entschädigungssystems für Landwirte hingearbeitet werden, die aus der Landwirtschaft ausgestiegen sind.

- (g) Bereitstellung von Zuschüssen und zinsgünstigen, langfristigen Darlehen für den Bau und die Verbesserung von Fischereieinrichtungen wie den Bau von Fischereiriffen, Aquakulturfarmen und anderen Fischereiproduktionsinfrastrukturen, den Bau von motorbetriebenen Fischerbooten, die Wartung von Fanggeräten und den Bau oder die Renovierung von Fischereihäfen.
- (h) Für Kleinfischer, die den Beruf ändern wollen, sollten aktive Unterstützungsmaßnahmen wie Darlehen für den Berufswechsel, Berufsberatung, Berufsausbildung und Arbeitsvermittlung sowie besondere Maßnahmen zur Belohnung derjenigen, die den Fischereisektor verlassen, vorgesehen werden, und es sollten aktive Maßnahmen zur Stabilisierung und Verbesserung ihres Lebensunterhalts ergriffen werden.
- (i) Einführung und Durchführung von Maßnahmen für Arbeitslose in ländlichen Gebieten und für Wanderarbeitnehmer.

B Maßnahmen für kleine, mittlere und Kleinstunternehmen

- (a) Förderung und Führung der Organisation von Unternehmensgenossenschaften usw., Beratung und Unterstützung bei der Ausweitung und Verbesserung der Tätigkeit bestehender Genossenschaften und aktive Durchführung verschiedener Maßnahmen zur Förderung der Rationalisierung wie Unternehmenskonsolidierung und Modernisierung der Beschäftigungsverhältnisse, Arbeitsbedingungen usw.
- (b) Aktives Ergreifen verschiedener Maßnahmen zur Förderung der Modernisierung von Unternehmen und zur Verbesserung der Produktivität durch Nutzung des Kreditsystems und der Modernisierung von Einrichtungen (*setsubi kindai ka shikin kashitsuke seido*) für die öffentlichen Einrichtungen von Genossenschaften.
- (c) Das derzeitige System der Subventionen für technologische Verbesserungen und technische Beratung (*genkō gijyutsu kaizen hi hojokin*) sollte ausgeweitet und verbessert werden, und die öffentlichen Test- und Forschungseinrichtungen sollten

ausgebaut und gestärkt werden, um technologische Innovationen in "*buraku*"-Klein-, Mittel- und Kleinstunternehmen zu fördern.

C Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungsbedingungen.

- (a) Um die Beschäftigung von Hochschulabsolventen in modernen Industriezweigen zu fördern, sollte die Zusammenarbeit zwischen den Agenturen für Arbeitssicherheit und den Bildungseinrichtungen intensiviert und verschiedene Maßnahmen wie Berufsberatung, Arbeitsvermittlung und Beratung zur Weiterbeschäftigung ausgebaut und verstärkt werden.
- (b) Wenn ein Arbeitssuchender aus einem festgelegten Gebiet darum bittet, sollte die Arbeitsförderungsagentur seine persönlichen Referenzen garantieren.
- (c) Ausbau und Stärkung des Systems der Kooperation für Arbeitsplatzsicherheit (*shokugyō antei kyōryokuin seido*) und Ergreifung besonderer Maßnahmen zur Auswahl und zum Einsatz von Kooperatoren, um die reibungslose Beschäftigung von Personen aus den Zielgebieten zu fördern.
- (d) Ausbau und Erweiterung der Berufsbildungszentren und aktives Angebot von Berufsbildungsmaßnahmen für Arbeitnehmer mittleren und höheren Alters, Arbeitslose, Unterbeschäftigte, Berufswechsler usw. aus den festgelegten Gebieten; Prüfung von Maßnahmen zur Erhöhung der Ausbildungsvergütung und Hinwirken auf deren Umsetzung.
- (e) Aktive Umsetzung verschiedener Maßnahmen zur Förderung der Beschäftigung von Personen, die den Arbeitsplatz gewechselt haben, sowie von Beschäftigten in der Landwirtschaft, der Fischerei und in Klein- und Kleinstunternehmen.
- (f) Aktive Umsetzung verschiedener Maßnahmen, die notwendig sind, um das Verständnis der Arbeitgeber zu gewinnen, und nachdrückliche Sensibilisierung und Beratung im Einklang mit dem Beschäftigungssicherheitsgesetz, um diskriminierende Behandlung

in Bezug auf die Auswahlkriterien für die Beschäftigung, die Einstellungspolitik und die Auswahlmethoden auszumerken.

- (g) Ausweitung der Anpassungsschulungen am Arbeitsplatz, um die Beschäftigung von Personen mittleren Alters und älteren Personen mit "*buraku*"-Herkunft und anderen Arbeitssuchenden, die Schwierigkeiten haben, einen Arbeitsplatz zu finden, zu fördern.
- (h) Ausweitung und Verstärkung der Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, wie z.B. die Verbesserung der Behandlung von Arbeitnehmern in Beschäftigungsprojekten für Arbeitslose, die Förderung der Beschäftigung und die Handhabung der Registrierungsbedingungen für neue Arbeitslose, die sich an der tatsächlichen Situation orientieren.
- (i) Ergreifung von Maßnahmen zur Förderung der dauerhaften Beschäftigung von Arbeitnehmern in prekären Arbeitsverhältnissen, wie z. B. Firmenexterne und Zeitarbeiter.
- (j) Weitere Intensivierung der Beratung und Überwachung der strikten Umsetzung und Anwendung der Arbeitsgesetze und -vorschriften sowie der Sozialversicherungssysteme in kleinen, mittleren und Kleinstunternehmen.

4 Maßnahmen für Bildungsprobleme

(1) Grundlegender Plan

Bei der Lösung des *dōwa*-Problems muss den Bildungsmaßnahmen besondere Bedeutung beigemessen werden, da sie eine wichtige Rolle für die menschliche Entwicklung spielen. Mit anderen Worten, es handelt sich um eine grundlegende Aufgabe, die für die Errichtung der Demokratie fundamental ist. Daher besteht die zentrale Aufgabe der *dōwa*-Bildung darin, auf der Grundlage des Prinzips der Gleichheit vor dem Gesetz die irrationale *buraku*-Diskriminierung, die in der Gesellschaft fortbesteht, zu beseitigen und den Geist der Achtung der Menschenrechte zu fördern. Im Rahmen dieser Bildung müssen vor dem Hintergrund des Rechts auf Bildung (Artikel 26 der Verfassung) und der Chancengleichheit im Bildungswesen (Artikel 3 des Grundgesetzes für das Bildungswesen) Maßnahmen zur Verbesserung der Bildung in den *dōwa*-Gebieten nachdrücklich gefördert und

Bildungsaktivitäten, die die Würde des Einzelnen und einen rationalen Geist respektieren, landesweit aktiv entwickelt werden. Insbesondere muss eine aufklärende Erziehung in den nicht direkt betroffenen Regionen aktiv betrieben werden.

(A) Notwendigkeit einer grundlegenden Beratungspolitik zur *dōwa*-Bildung

Was die *dōwa*-Bildung als *dōwa*-Maßnahme betrifft, so besteht leider keine Klarheit über die grundlegenden Leitlinien des Landes. Es ist unbestreitbar, dass die Förderung der demokratischen Erziehung unter Achtung der Menschenrechte dazu beiträgt, regionale Ungleichheiten zu beseitigen.

Auch wenn die demokratische Bildung der Nachkriegszeit in dieser Richtung wirksam war, muss die Tatsache, dass die beschämende Diskriminierung in der japanischen Gesellschaft heute, 20 Jahre nach dem Krieg, immer noch besteht, überdacht werden.

Mit anderen Worten, eine Bildung, die die grundlegenden Menschenrechte im Geiste der Verfassung und des Grundgesetzes für das Bildungswesen achtet, sollte im ganzen Land korrekt umgesetzt werden, und im Zuge ihrer konkreten Entwicklung ist es notwendig, eine Bildung zu fördern, die den lokalen Bedingungen entspricht und auf besonderen Erwägungen beruht. Darüber hinaus muss dies im Kontext der universellen Bildung betrachtet werden, die die korrekte Anerkennung und das Verständnis aller Bürger erfordert, und nicht als spezielle Bildung, die auf die *dōwa*-Gebiete beschränkt ist.

Ausgehend von dieser Erkenntnis ist es notwendig, dass der Staat eine grundlegende Leitlinie für die *dōwa*-Bildung festlegt. Es versteht sich von selbst, dass die "Bildungsneutralität" (*kyōiku chūritsu sei*) bei der Förderung der *dōwa*-Bildung gewahrt werden muss. Das Verhältnis zwischen *dōwa*-Bildung und politischen oder sozialen Bewegungen muss klar unterschieden werden, und die Vorstellung, dass diese Bewegungen selbst auch Bildung sind, muss vermieden werden.

(B) Positivität der Funktionen der Bildungsverwaltung

Die derzeitige unklare nationale Leitlinie hat zu erheblichen Unterschieden in den Maßnahmen der Schulbehörden der Präfekturen und anderer Einrichtungen sowie zu verschiedenen Unterschieden in der Tätigkeit privater Bildungseinrichtungen geführt, was sich besonders in der Pflichtschulstufe bemerkbar macht. Die Existenz solcher Unterschiede in der Bildungsverwaltung hat erhebliche Auswirkungen auf die

Befreiung der *dōwa*-Gebiete. Es wird gefordert, ein national ausgewogenes Verwaltungssystem zu schaffen.

(C) Aufwertung und Mangel an Führungskräften in der *dōwa*-Bildung

Die *dōwa*-Bildung wird in allen Bildungsbereichen gefördert, einschließlich der Schul-, Sozial- und Heimerziehung. Besonders wichtig ist der Mangel an Führungskräften mit einem tiefen Bewusstsein und Verständnis für das *dōwa*-Problem, unabhängig davon, ob sie aus dem *dōwa*- oder aus dem generellen Gebieten kommen.

Man kann sagen, dass die Zahl der Gebiete, in denen die *dōwa*-Bildung wirksam gefördert wird, proportional zur Zahl der Lehrer und Führungskräfte ist, die sich für diesen Bereich der Bildung interessieren. Mit anderen Worten, unter den örtlichen Bedingungen, sei es in der Schule oder im sozialen Bereich, wo es enthusiastische Lehrer gibt, kann man sagen, dass die *dōwa*-Bildung gut durchgeführt wird.

Die Verbesserung des Lebens der Einwohner und die Beseitigung diskriminierender Haltungen in der Gesellschaft sind nicht immer leicht zu überwinden, da die Ursachen dafür tief und weitreichend sind. Vor allem der Bedarf an Führungspersönlichkeiten ist stark ausgeprägt, um das Leben und die Kultur, die die Grundlage für die Befreiung bilden, zu verbessern.

(D) Koordinierung der gegenseitigen Verbindung von Regierungsstellen

Wir wagen nicht zu behaupten, dass wir uns nur mit der *dōwa*-Bildung befassen. Es gibt jedoch viele Defizite, vor allem bei der horizontalen Koordination zwischen den verschiedenen an den *dōwa*-Maßnahmen beteiligten staatlichen Stellen.

Die Verbindung zur Wohlfahrt und Sozialversicherung unter dem Ministerium für Gesundheit und Wohlfahrt ist für die Verfahren gegen langes Fernbleiben von der Schule erforderlich, während die Beschäftigung von Mittel- und Oberschulabsolventen mit der Berufsausbildung und der Arbeitsvermittlung durch das Arbeitsministerium im Rahmen der Berufsberatung verbunden ist. Im Bereich der Sozialerziehung gibt es viele Aspekte, die einer Koordinierung bedürfen, wie z.B. die enge Zusammenarbeit mit Jugend- und Frauenorganisationen im Bereich der Sozialerziehung und die Beziehungen zwischen sozialen Einrichtungen wie Nachbarschaftshäusern, die dem Ministerium für Gesundheit und Wohlfahrt unterstehen, und Gemeindezentren und Versammlungsräumen, die dem Bildungsministerium unterstehen.

(2) Konkrete Maßnahmen

(A) Schulische Bildung

(a) Darlegung der Methoden und Ziele der *dōwa*-Bildung

Klärung der spezifischen Ziele und Methoden der *dōwa*-Bildung und Sicherstellung, dass diese gründlich geplant werden. Insbesondere sollten Bemühungen unternommen werden, um diskriminierende Ereignisse usw. im Bildungsumfeld korrekt zu erkennen.

(b) Maßnahmen zur Verbesserung der schulischen Leistungen

Da die Verbesserung der schulischen Leistungen der Kinder aus dem *dōwa*-Gebiet in engem Zusammenhang mit ihrer zukünftigen Hochschulbildung und Beschäftigung und somit mit der Verbesserung des Lebensstandards und der Kultur in dem Gebiet steht, sollten die folgenden Bildungsbedingungen zusammen mit anderen Maßnahmen geschaffen werden, um die schulischen Leistungen der Schüler zu verbessern, und die Lernbetreuung sollte gründlicher geplant werden.

(c) Maßnahmen zur Berufsberatung

Die Berufsberatung sollte für Schüler aus den *dōwa*-Gebieten aktiver gestaltet werden. Insbesondere für diejenigen, die eine Beschäftigung finden wollen, sollte eine enge Zusammenarbeit mit den Agenturen für Arbeitssicherheit usw. angestrebt werden, damit sie leicht eine Beschäftigung in den Branchen und Betrieben ihrer Wahl finden und so beraten werden können, dass sie sich in diesen Berufen in Zukunft niederlassen können.

(d) Maßnahmen im Bereich der Gesundheit und Hygiene

Besondere Rücksichtnahme ist auf das Gesundheitsmanagement und die Gesundheitsberatung zu richten, z. B. durch die Förderung medizinischer Gruppenuntersuchungen für Kinder und Schülern aus den *dōwa*-Gebieten.

- (e) Maßnahmen zur Förderung des Schulbesuchs und der Hochschulbildung für Kinder aus dem *dōwa*-Gebieten
- 1) Bei der Zuteilung von Schulgeldzuschüssen für Schüler, die aus wirtschaftlichen Gründen Schwierigkeiten haben, die Schule zu besuchen, sollte eine besondere Aufmerksamkeit gestellt werden.
 - 2) Es sollten besondere Unterstützungsmaßnahmen vorgesehen werden, um den Aufstieg in weiterführende Schulen und höher zu erleichtern.
- (f) Die Bildungsausschüsse der jeweiligen Präfekturen sollten bei der Zuweisung von Lehrern Schulen in *dōwa*-Gebieten besonders berücksichtigen.
- (g) Maßnahmen zur Verbesserung der Qualifikation und der bevorzugten Behandlung von Lehrern und Personal.
- 1) An den pädagogischen Hochschulen sollten besondere Maßnahmen ergriffen werden, um sicherzustellen, dass diejenigen, die Lehrer werden wollen, ihr Verständnis für das *dōwa*-Problem vertiefen.
 - 2) Die für die *dōwa*-Bildung erforderlichen Materialien sollten vorbereitet und an das Lehrpersonal (Lehrer, Schulleiter und Mitarbeiter der Bildungsausschüsse) verteilt werden. Besondere Gehaltserhöhungen und andere Vorzugsmaßnahmen sollten für Lehrer und Mitarbeiter von Schulen in *dōwa*-Gebieten gewährt werden.
- (h) Maßnahmen zur Instandhaltung der schulischen Einrichtungen und Ausrüstungen. Die Verbesserung der Einrichtungen von Grund- und Mittelschulen sowie Kindergärten in *dōwa*-Gebieten, in denen es viele arme Familien gibt, sollte besonders gefördert werden.
- (i) Maßnahmen für Schulen, die für *dōwa*-Bildung und -Forschung bestimmt sind
Der Staat und die Präfekturen sollten die Zahl der Schulen, die für die Forschung zur *dōwa*-Bildung bestimmt sind, erhöhen und die Mittel aufstocken.
- (j) Maßnahmen zur Subventionierung von Forschungsgruppen zur *dōwa*-Bildung

Die Forschung von Bildungs- und Forschungsgruppen zur *dōwa*-Bildung sollte subventioniert werden.

(B) Sozialpädagogik

- (a) Förderung und Unterstützung der Einrichtung und Durchführung von Kursen, Vorlesungen, Workshops usw. für Jugendliche, Erwachsene, Frauen usw. in *dōwa*-Gebieten und Schaffung von Möglichkeiten für die Bewohner, ihr Bildungsniveau zu verbessern, die zwischenmenschlichen Beziehungen zu Hause und in der Gemeinschaft zu verbessern und ihr Leben zu rationalisieren.
- (b) Aktive Behandlung von Themen wie Achtung der Menschenrechte, rationale Lebenseinstellung, wissenschaftlicher Geist und Sinn für soziale Solidarität in Jugendkursen, Erwachsenenkursen, Hausunterricht, Vorträgen und Seminaren für Jugendliche, Erwachsene und Frauen in den generellen Gebieten sowie Förderung sozialer Bildungsaktivitäten zur Vertiefung des Verständnisses für das *dōwa*-Problem entsprechend der tatsächlichen Situation in der Region.
- (c) Um die eigenständigen und organisierten Bildungsaktivitäten der Einwohner der *dōwa*-Gebiete zu fördern und ihnen zu helfen, ihre eigenen Bildungsstandards zu verbessern, sollte die Gründung von sozialen Bildungsgruppen die auf Kinder-, Jugend- und Frauenverbänden, usw. gezielt sind, unterstützt und ihre positiven Aktivitäten gefördert werden. Um das Verständnis für das *dōwa*-Problem entsprechend der tatsächlichen Situation in den Gebieten zu vertiefen, sollten außerdem Schulen, die Gesellschaft und die Familien in den *dōwa*-Gebieten zu einer organischen Zusammenarbeit ermutigt werden.
- (d) Wenn es zu Diskriminierungen kommt, sollte im Rahmen der Sozialpädagogik eine der Tatsachen angemessenen Aufklärung erfolgen.
- (e) Um den effektiven Betrieb von sozialpädagogischen Einrichtungen in den *dōwa*-Gebieten zu gewährleisten, sollte diesen Einrichtungen hauptamtliches, kompetentes Personal zugewiesen werden.

- (f) Verbesserung der Qualifikationen von Führungskräften in der Sozialpädagogik und Stärkung ihrer Führungsqualitäten.
- (g) Um die Qualifikationen der Lehrer zu verbessern, sollten die Bildungsbehörden und andere mit der Sozialpädagogik befasste Stellen, Referenzmaterialien zur *dōwa*-Bildung in der Sozialpädagogik entsprechend den örtlichen Gegebenheiten usw. erstellen und auf Workshops für Lehrer zur *dōwa*-Erziehung aktiv Fallstudien vorstellen und Informationen untereinander austauschen.
- (h) Um den Bildungsstandard in den *dōwa*-Gebieten zu verbessern, sollte der Erhalt und Ausbau von Treffpunkten in den *dōwa*-Gebieten gefördert werden. Dabei sollte eine organische Zusammenarbeit mit den Nachbarschaftshäusern in Betracht gezogen werden.
- (i) Was die staatlichen Zuschüsse für die Einrichtung von Begegnungsstätten in *dōwa*-Gebieten betrifft, so sollten Verbesserungen hinsichtlich des Einheitspreises pro *tsubo* (3,31 Quadratmeter), der bezuschussten Fläche, der bezuschussten Ausrüstungsgegenstände usw. vorgenommen werden. Darüber hinaus sollte eine Ausweitung der staatlichen Zuschüsse zu den Projektkosten, für die von den Gemeinden in den *dōwa*-Gebieten errichteten Versammlungsorten erwogen werden.
- (j) Was den Betrieb der Versammlungsorten in den *dōwa*-Gebieten betrifft, so sollte nicht nur in Erwägung gezogen werden, sie nicht nur für die öffentliche Nutzung durch die Einwohner zur Verfügung zu stellen, sondern auch aktiv sozialpädagogische Aktivitäten wie Kurse und Vorträge durch die Versammlungsorten selbst zu entwickeln, damit sie ihre Funktion als sozialpädagogische Einrichtungen voll ausspielen können.

5 Maßnahmen für Menschenrechtsproblemen

(1) Grundlegender Plan

Die japanische Verfassung garantiert als eines der grundlegenden Menschenrechte, dass niemand aufgrund seiner Rasse, seines Glaubens, seines Geschlechts, seines sozialen Status oder seiner familiären Herkunft in politischen, wirtschaftlichen oder sozialen Beziehungen diskriminiert werden darf, und erklärt, dass dieses Recht in der Gesetzgebung und anderen nationalen Politiken so weit wie möglich respektiert werden sollte.

Die Ergebnisse der Umfrage des Rates haben jedoch gezeigt, dass viele Einwohner der Gebiete Diskriminierung „in der Beschäftigung“, „in beruflichen Beziehungen und Aufnahme“, „in der Ehe“ oder „in den Beziehungen zu Nachbarn oder in der Schule“ erfahren haben. Darüber hinaus gibt es im Falle einer solchen Diskriminierung keine angemessene Garantie für den Zugang zu gerichtlicher oder administrativer Verteidigung.

Wenn der Staat oder die öffentlichen Behörden diskriminierende Rechtsvorschriften erlassen oder diskriminierende Verwaltungsmaßnahmen ergreifen, werden diese wegen Verstoßes gegen Artikel 14 der Verfassung unverzüglich für nichtig erklärt. Doch selbst wenn eine Privatperson diskriminiert wird, kann „Diskriminierung“ selbst nicht direkt geregelt werden, außer in Fällen, in denen es besondere Vorschriften gibt, wie etwa im Arbeitsnormengesetz (*Rōdō kijun hō*) oder anderen arbeitsbezogenen Gesetzen.

Das Fehlen einer gesetzlichen Regelung von „diskriminierenden Ereignissen“ hat dazu geführt, dass die Öffentlichkeit sich der Realität der „Diskriminierung“ und ihrer Auswirkungen auf die Diskriminierten nicht bewusst ist und nicht erkennt, dass „Diskriminierung“ selbst ein ernstes gesellschaftliches Übel ist.

(A) Einrichtung einer institutionellen Struktur zum Schutz der Menschenrechte

Die derzeitige Struktur, die den Schutz der grundlegenden Menschenrechte dem Büro für Menschenrechtsschutz (*Jinken Yōgo Kyoku*), einer internen Abteilung des Justizministeriums, unterstellt, während das Büro für Rechtsangelegenheiten und das regionale Büro für Rechtsangelegenheiten, die hauptsächlich für die Zivilverwaltung zuständig sind, die Arbeit vor Ort übernehmen, muss überdacht werden. Die Struktur des Büros für den Schutz der Menschenrechte ist auch insofern unangemessen, als diejenigen, die mit Familienregistern (*koseki*) und Registern befasst waren, mit Aufgaben des Menschenrechtsschutzes betraut sind.

Es wird auch darauf hingewiesen, dass landesweit weniger als 200 Mitarbeiter direkt mit dieser umfassenden und wichtigen Aufgabe des Schutzes der grundlegenden Menschenrechte befasst sind und dass das Budget für diese Aufgabe äußerst dürftig ist.

(B) In Anbetracht der Ernennungsverfahren und des derzeitigen Stands der Entsendung von Menschenrechtsschutzbeauftragten sowie des Stands der Menschenrechtsschutzaktivitäten sind weitere Überlegungen erforderlich, um sicherzustellen, dass geeignete Personen in angemessener Weise in das Ernennungsverfahren einbezogen werden.

Auch das System der Erstattung der tatsächlichen Auslagen (*jippi beshōkin seido*) muss so bezahlt werden, dass sie ihre Aufgaben erfüllen können.

(C) Verständnis und Bewusstsein für das *dōwa*-Problem

Das derzeitige Verständnis und Bewusstsein für das *dōwa*-Problem bei den Verantwortlichen und Ausschussmitgliedern ist nicht unbedingt ausreichend. Es wird anerkannt, dass Anstrengungen unternommen werden sollten, um das Verständnis für die Bedeutung des Themas durch verstärkte Schulungen und Seminare zu verbessern.

(D) Positivität der Menschenrechtsschutzaktivitäten

Die Tätigkeit der Einrichtungen zum Schutz der Menschenrechte besteht darin, diejenigen, die die Menschenrechte verletzen, über die Achtung der Menschenrechte aufzuklären und sie dazu zu bringen, freiwillig Maßnahmen zu ergreifen, um die Rechtsverletzung zu beenden oder zu beseitigen oder den entstandenen Schaden wiedergutzumachen, und nicht darin, die Rechtsverletzung direkt unter ihrer Aufsicht zu beenden. Daher sind in der gegenwärtigen Situation, in der diese Methode angewandt werden muss, das Bewusstsein und der Enthusiasmus für Sensibilisierungsmaßnahmen zur Beseitigung diskriminierender Einstellungen für die Verantwortlichen und die Kommissionsmitglieder besonders wichtig.

(2) Konkrete Maßnahmen

- (a) Ermittlung der tatsächlichen Situation von Diskriminierungsfällen und Verdeutlichung, dass Diskriminierung ein nicht tolerierbares gesellschaftliches Übel ist.
- (b) Gesetzgebung gegen Diskriminierung, Ergreifen der notwendigen gesetzgeberischen Maßnahmen zum Schutz vor Diskriminierung und Ausweitung der Möglichkeiten der Rechtshilfe.
- (c) Um die Tätigkeit der Menschenrechtsinstitutionen zu fördern, sollte grundsätzlich eine Neuorganisation der Institutionen vorgenommen werden, die die nationale Forschung,

die Organisation und die Zusammensetzung der Menschenrechtsinstitutionen sowie die Angelegenheiten der Menschenrechtsbeauftragten berücksichtigt. Die folgenden Maßnahmen müssen jedoch auch von den derzeitigen Institutionen dringend ergriffen werden.

- 1) Erhebliche Zunahme der Zahl der zuständigen Mitarbeiter und deren vorrangige Zuweisung.
- 2) Überarbeitung des Systems der Beauftragung (*iin ishoku seido*), um sicherzustellen, dass die Qualifizierte für die Aufgabe ausgewählt werden, und mehr Nachdruck auf ihre Beauftragung zu legen.
- 3) Aktive Konsultationen zum Thema Menschenrechte, Durchführung von Erhebungen, und dadurch Kontaktaufnahme mit den Gebieten aufzunehmen, um die Ergebnisse den zuständigen Mitarbeitern und den Kommissionsmitgliedern bekannt zu machen. Darüber hinaus sollten Anstrengungen unternommen werden, um Schulungen und Seminare zu verstärken, um ein Bewusstsein für das *dōwa*-Problem und Enthusiasmus für die korrekte Lösung von Diskriminierungsfällen zu fördern.
- 4) Bei der Untersuchung von Diskriminierungsvorfällen sollten gemeinsam mit den Einwohnern Sensibilisierungsmaßnahmen durchgeführt werden, die kontinuierlich fortgesetzt werden sollten.
- 5) Sicherstellung und Gewährleistung eines ausreichenden Budgets für die Durchführung der oben genannten Maßnahmen.

Schlussfolgerung: Kurs der *dōwa*-Administration

Um die grundlegenden Probleme des *dōwa*-Problems zu lösen, liegt es in der Verantwortung des Staates, auf der Grundlage des oben genannten Verständnisses konkrete Vorschläge energisch und unverzüglich in die Praxis umzusetzen. Daher ist es notwendig, die *dōwa*-Maßnahmen eindeutig im Rahmen der Politik zur Bekämpfung des *dōwa*-Problems als nationales politisches Thema zu positionieren und die Ziele der Verwaltungspolitik für die *dōwa*-Maßnahmen richtig auszurichten. Zu diesem Zweck müssen die verschiedenen Maßnahmen, die von den staatlichen und lokalen Behörden zur Lösung des *dōwa*-Problems

durchgeführt werden, institutionell abgesichert werden, und insbesondere die folgenden Punkte müssen umgehend geprüft und umgesetzt werden und sind die Schlüsselemente für die Zukunft der *dōwa*-Maßnahmen.

- A. Obwohl es unter den bestehenden Gesetzen und Verordnungen eine Reihe davon gibt, die sich direkt auf die *dōwa*-Maßnahmen beziehen, werden die auf der Grundlage dieser Gesetze und Verordnungen durchgeführten Verwaltungsmaßnahmen alle als allgemeine Verwaltungsmaßnahmen durchgeführt, und Maßnahmen für *dōwa*-Gebiete werden effektiv außerhalb des Rahmens dieser Gesetze und Verordnungen gelassen. Dies sollte verbessert werden, und es sollte ein „Spezielles Maßnahmengesetz“ erlassen werden, in den operativen Erwägungen und Sondermaßnahmen für die betreffenden Systeme im Rahmen der klaren Ziele der *dōwa*-Maßnahmen festgelegt werden.
- B. *Dōwa*-Maßnahmen sollten mit einer neuen Einstellung gefördert werden, indem künftige Regierungsmaßnahmen gestärkt werden, und zu diesem Zweck muss eine neue Verwaltungsstruktur in Betracht gezogen werden. Um die Einheitlichkeit der staatlichen Maßnahmen aufrechtzuerhalten und ihren Fortschritt aktiver zu fördern, sollte der bestehende Kabinettsrat für das *dōwa*-Problem weiter gestärkt und eine Organisation wie der Rat für die Förderung der *Dōwa*-Maßnahmen (*Dōwa Taisaku Suishin Kyōgikai*) im Staat eingerichtet werden, um die Formulierung von Plänen für Maßnahmen und die reibungslose Umsetzung solcher Pläne zu erörtern.
- C. Um die Einheitlichkeit des Standards der verschiedenen *dōwa*-Maßnahmen in den Gemeinden zu gewährleisten und ihre aktive Förderung sicherzustellen, sollte der Staat die Gemeinden dazu verpflichten, *dōwa*-Maßnahmenprojekte durchzuführen und die finanziellen Unterstützungsmaßnahmen für diese verstärken. In diesem Fall sollten besondere Maßnahmen ergriffen werden, die die tatsächliche Situation im Vergleich zu anderen allgemeinen Projektzuschüssen berücksichtigen, indem der Umfang erweitert, der Satz erhöht und ein realer Einheitspreis für die Höhe der Zuschüsse festgelegt wird.
- D. Es sollten Maßnahmen ergriffen werden, wie z.B. die Gründung einer Organisation in Form eines staatlich finanzierten Unternehmensverbands, um auf die Förderung staatlicher Maßnahmen zu reagieren, sie zu ergänzen und ihre Wirksamkeit so bald wie möglich zu gewährleisten.

- E. Um die Entwicklung verschiedener Unternehmen in den *dōwa*-Gebieten zu fördern, sollten Maßnahmen wie Sonderkredite für diese Unternehmen in Betracht gezogen werden.

- F. Zur grundlegenden Lösung des *dōwa*-Problems und zur effizienten Umsetzung der *dōwa*-Maßnahmen sollten ein umfassender Plan mit langfristiger Perspektive formuliert und konkrete Jahrespläne aufgestellt werden, die verschiedene Aspekte wie Umweltverbesserung, Industrie, Beschäftigung und Bildung umfassen.